

MAX TRAEGER: MITLÄUFER ALS VORBILD?



ZUR FRAGE DER VERTUSCHUNG DER
KONTINUITÄTEN ZWISCHEN
NS-LEHRERBUND UND GEW
EINE WICHTIGE INITIATIVE DER STUDIERENDEN IN DER GEW (BASS)

Vorwort des AStA der Goethe-Universität

Die Initiative der Studierenden in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), genauer des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten (BASS) findet die volle Unterstützung des Allgemeinen Studentenausschuss der Goethe Universität Frankfurt am Main. Auf wirklich vielen Gebieten wurde inzwischen auf die personelle und organisatorische Kontinuität zwischen der NS-Zeit und der Zeit nach dem 8. Mai 1945 bis in die fünfziger und sechziger Jahre genauer hingeschaut: sei es die Justiz, der medizinische Bereich oder seien es die historischen oder auch germanistischen Fachbereiche an den Universitäten und so weiter und so fort.

Daher ist es besonders beschämend, dass im Bereich der Erziehungswissenschaften und Pädagogik eine solche gründliche und systematische Untersuchung nicht existiert. Ja schlimmer noch zeigt sich, dass vor der eigenen Haustür hier nicht wirklich geforscht und aufgeklärt wurde.

Umso wichtiger ist die Initiative der Studierenden der GEW, bei der es aus unserer Sicht nicht nur und nicht in erster Linie um die Umbenennung der Max-Träger-Stiftung geht. Das wäre sicher ein längst überfälliger, guter erster Schritt. Und es geht auch nicht vorrangig darum, wie es heute so üblich ist, das Problem irgendeiner Kommission anzuvertrauen, die dann nach Jahren sowie bei der Firmengeschichte von Volkswagen oder der Deutschen Bank eine große dicke Studie vorliegt.

Aus der Sicht von uns geht es darum, dass wirklich flächendeckend in der GEW, gerade auch von unten, von der Basis her, an den Schulen und Hochschulen geschaut wird, welche Pädagoginnen und Pädagogen aus dem NSLB dann in der GEW Karriere gemacht haben, von der GEW mit Rechtsschutz wieder in den Schuldienst und Hochschuldienst hineingeschafft wurden, nachdem sie von den Alliierten entlassen worden waren und nicht zuletzt, wie gerade in den ersten Jahren der GEW mit der NS-Zeit umgegangen wurde.

Wir wenden uns mit dieser Broschüre vor allem an die Vertretungen der Studierenden aller Universitäten und Hochschulen in Deutschland, aber gerne auch an die verschiedenen Organisationsebenen der GEW.

Frankfurt am Main, November 2016

Offener Brief

**des Bundesausschusses der
Studentinnen und Studenten
der GEW (BASS)**

**an den Hauptvorstand und
die Mitglieder der GEW**

**für die Umbenennung
der Max-Traeger Stiftung**

Max Traeger – kein Vorbild!

www.KeinVorbild.wordpress.com

Offener Brief

des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW (BASS)
an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Max Traeger – kein Vorbild!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon seit einigen Jahren gab und gibt es Diskussionen über die Geschichte des NS-Lehrerbundes (NSLB) und den Umgang der GEW mit ihm. Das rührt auch daher, dass der spätere GEW-Vorsitzende, nach dem eine Stiftung benannt ist, ausgerechnet ein Mitglied des NSLB war: Max Traeger. Dieser Mann, nach 1945 dann aktives FDP-Mitglied, ist zu Recht umstritten.

Seine Mitgliedschaft im NSLB ist sicherlich kein Argument, um ihn als Vorbild zu ehren. Auch die Mitgliedschaft in der FDP nach 1945 ist für Mitglieder einer Gewerkschaft nicht unbedingt ein Grund, in Jubel auszubrechen.

Aber diese beiden Punkte allein sind es nicht: der entscheidende Punkt ist, dass Max Traeger mit großer Energie an der Legende mitgestrickt und an der Lebenslüge mitgearbeitet hat, dass die Verbände der Lehrkräfte im Jahr 1933 angeblich zwangsenteignet und zwangsweise in den NSLB eingegliedert wurden. Das ist für die große Mehrheit der alten Organisationen der Lehrkräfte, insbesondere in Hamburg, schlicht und einfach gelogen. Diese Geschichtsfälschung hat eine doppelte Funktion:

Zum einen war dies eine große Möglichkeit für die Masse der nazifizierten Lehrkräfte (97 % der Pädagog_innen waren im NSLB, ein Drittel davon waren NSDAP-Mitglieder, oft mit wichtigen Funktionen), sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen und ihre Mitgliedschaft als Bagatelle darzustellen. Das kam der Tendenz zur Renazifizierung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere nach 1949 sehr entgegen. Die GEW beteiligte sich massenhaft daran, berechnete Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen. Ein Beweis für die „zweite Schuld“, die auch nach 1945 vor der GEW nicht halt gemacht hat und bis heute so gut wie gar nicht systematisch analysiert wurde.

Die zweite Funktion dieser Lügengeschichte bestand in der Behauptung, die Masse der Mitglieder der alten Lehrerverbände habe angeblich „zwangsweise“, also nicht freiwillig und nicht mit großer Begeisterung, den Eintritt in den NSLB vollzogen – das galt gerade auch für den Eintritt in den NSLB in Hamburg (so heißt es in Stein gemeißelt auf der Tafel am Curiohaus in Hamburg: „Im Mai 1933 gliederte der NS-Lehrerbund den Verband zwangsweise ein“).

Max Traeger war Vorsitzender eines Lehrervereins mit dem altherwürdig-merkwürdigen Namen „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“. Diese Hamburger Organisation ist in zwei großen Schritten 1933 und 1934 mit großer Begeisterung und fast einstimmig (bei sieben Gegenstimmen) in den NSLB eingetreten und hat auch sämtliches Vermögen freiwillig den Nazis, dem NSLB, zur Verfügung gestellt - es gab keine Enteignung. Und Max Traeger erhielt kein „Berufsverbot“, wie etwa in Wikipedia behauptet wird.

Das ist eine Legende. Er konnte, wenn auch nicht mehr als Schulleiter, als Lehrer bis 1945 arbeiten, wie die Akte des Entnazifizierungsverfahrens zeigt.

Nach 1945 nun die Rückgabe des dem NSLB freiwillig übergebenen Vermögens an die GEW zu verlangen, - das war einer der Hauptaktivitäten von Max Traeger nach 1945 - erwies sich als ein geschickter Schachzug, um sich als „Opfer“ der NS-Diktatur darzustellen und das Mittun und das Mitwirken, den freiwilligen Anschluss an den NSLB zu vertuschen. Dabei ging es auch um finanzielle Dinge. Das kam heraus, als vor einigen Jahren Aktivist_innen der GEW in Hamburg nachwiesen, dass der NSLB einem jüdischen Hausbesitzer unter dem Druck der Nazi-Verfolgung ein Haus abgerungen hatte. Max Traeger, der hier im Nazi-Jargon nach 1945 noch vom „Judengrundstück“ schrieb, spielte dabei nach 1945 eine entscheidende Rolle. Mithilfe alter Nazis des NSLB half er, die lügnerische Behauptung aufzustellen, dass dieses Haus nun der GEW gehöre, da die Nazis es doch mit den Geldern der alten Lehrerorganisation gekauft hätten. „Judengrundstück“? Alles sei mit rechten Dingen zugegangen, die Nazis hätten einen fairen Preis gezahlt, hieß es dann später. Max Traeger war führend an diesem Betrug beteiligt, wie alle Dokumente beweisen, die die Aktivist_innen der GEW in Hamburg, aber auch Historiker_innen ausgewertet und bewertet haben.

Als in der GEW aktive Studierende sehen wir den Bedarf nach weiterer Forschung zur Frage von personellen und materiellen Kontinuitäten des NS in der GEW und nach einer Debatte über den Umgang damit in den Nachkriegsjahrzehnten, insbesondere mit Blick auch darauf, was das für die heutige gewerkschaftspolitische Praxis bedeutet. **Unser Vorschlag und unser Anliegen ist es, diese Debatte breit und öffentlich zu führen und dann die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung zu beschließen.**

Wir schlagen vor, dafür den Namen eines Mitbegründers der GEW zu verwenden, etwa den in der Nazizeit emigrierten **Heinrich Rodenstein**, der den bemerkenswerten Satz prägte: **„Es muss ja schließlich im Vierten Reich ein paar geben, die sich nicht bekleckert haben“**, also nach einem Aktivist der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (erst KPD, ab 1931 SAP), der auch unter den Lehrerkraften politisch gearbeitet hat und später (1960-1968) Vorsitzender der GEW war.

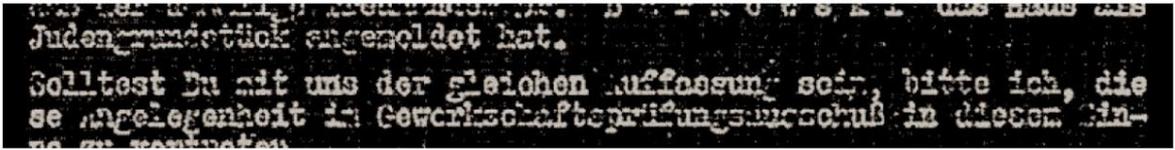
Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW (BASS)

<https://keinvorbild.wordpress.com/>

Max Traeger – kein Vorbild!

Offener Brief an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Offener Brief Unterzeichnen Info Pressespiegel



Warum ein offener Brief?

Bei Fragen nach der Kontinuitäten zwischen NSLB und GEW handelt es sich um ein wesentliches Kapitel der Auseinandersetzung um das Nachleben des NS in den demokratischen Strukturen der BRD. Dieses Kapitel scheint uns von einer besonderen Bedeutung zu sein und es wurde bislang offenbar nur unzureichend bearbeitet.

So kommen bis heute in den gängigen Erzählungen vieler Gewerkschaftsfunktionär_innen solche Kontinuitäten schlicht nicht vor und zum Teil werden sie sogar aktiv bestritten. Demgegenüber häufen sich in den letzten Jahren Beiträge, die dezidiert auf eine solche Auseinandersetzung hinweisen. Jenseits der gewählten Sicherheit, ohnehin auf der richtigen Seite zu stehen, gestaltet sich diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als eine, die riskant ist und auch vor Verstrickungen keinen Halt macht.

Eine Auseinandersetzung mit diesem historischen Kapitel ist aus unserer Sicht wichtig und begrüßenswert. Ein Teil der Debattenbeiträge und Initiativen kommt dabei auch von jungen Gewerkschaftsmitgliedern – und dies nicht rein zufällig. Die Vergangenheit unserer Gesellschaft ist auch für sie ein Thema. Wenn sich die Toten auch nicht mehr wecken lassen, so drängt das vergangene Unrecht doch notwendig in jeder Generation immer wieder zur neuen Auseinandersetzung. Die Vergangenheit ist deshalb auch und gerade für uns: abgeschlossen und nie ganz abzuschließen.

Wir begrüßen die Veröffentlichung Saskia Müller und Benjamin Ortmeier, die Auseinandersetzung um Max Träger und die damit aufgeworfene Frage nach Kontinuitäten zwischen NSLB und GEW.

Wir möchten in dieser Sache nicht nur einen Beschluss des Hauptvorstands der GEW erreichen, sondern eine breite Debatte befördern. Aus diesem Grund haben wir das Mittel des offenen Briefes gewählt. Wir wenden uns damit nicht nur an den GEW-Hauptvorstand, sondern wollen das Thema in eine breite öffentliche Auseinandersetzung führen – in der GEW und darüber hinaus.

BASS

www.KeinVorbild.wordpress.com

(Stand 5.11.2016) Unterzeichnet von

1. Abt, Tobias (Bildungscoach DGB/ver.di/IGM)
2. Adamczak, Thomas (ehemals Fachleiter an den Studienseminaren Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach)
3. Alexi, Katharina
4. Alis, Rudi (Lehramtsstudent an der Goethe-Universität Frankfurt)
5. Baab, Janek
6. Beckenkamp, Kira (Studentin)
7. Becker, Marcel
8. Beer, Florian (Hauptpersonalrat Gymnasium/WBK NRW)
9. Biertümpel, Antje (wissenschaftliche Mitarbeiterin, TU Darmstadt)
10. Bley, Jorret-Alexander
11. Brede, Eva
12. Brodersen, Marius
13. Brodtmann, Tanja (Dipl.-Päd.)
14. Brylka, Stefan (ehemaliger Mitbegründer von Junge GEW)
15. Buhre, Franziska
16. Burchard, Matthias (Agraringenieur)
17. Burchardt, Anita (Referent_in für Öffentlichkeitsarbeit bei Amaro Drom e.V.)
18. Burghardt, Daniel (Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln)
19. Busch, Maximilian
20. Deimel, Rainer (ehemals: GEW-Landesvorstand NRW)
21. Dietrich, Valentin (LASS-Sprecher*innen-Team Hessen)
22. Ditfurth, Jutta (Autorin)
23. Dölberg, Milan (Student)
24. Eggers, Katharina (SAW Trainerin)
25. Eggert, Rohwer
26. Einig, Dr. Mark (Erziehungswissenschaftler, Leiter Kinder- und Jugenddorf Rankenheim)
27. Faber, Kathrin
28. de Fallois, Cornelius (Studierender)
29. Fischer, Lisa
30. Fritz, Fabian
31. Gehrlein, Elisabeth (Dipl. Pädagogin)
32. Gollasch, Christoph (Doktorand am Ludwig-Rosenberg-Kolleg)
33. Hassel, Madalena (Lehrerin)
34. Hemmerle, Dr. Oliver Benjamin (Historiker)
35. Hennes, Gabriele (Rektorin/Ruheständlerin)
36. Höhne, Thomas
37. Hornung, Benjamin (Gewerkschaftssekretär)
38. Huber, Franz (Ingenieur)
39. Huth, Manfred
40. Hüttmann, Uwe (Rentner)
41. Jerke, Daniel (Student)
42. Justice, Katharina (Referendarin)
43. Junge GEW Berlin
44. Junge GEW Mecklenburg-Vorpommern
45. Kaewnetara, Eva (Kommunale Schulentwicklerin)
46. Kamuf, Dr. Ullrich
47. Kanty, Konni (Erzieher, Betriebsrat)
48. Karst, Helmi (Pensionärin, bis 2015 Fachleiterin am Studienseminar)
49. Köditz, Michael (Lehrer und Personalrat)
50. Kölker, Arno (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, SPD Steglitz-Zehlendorf)
51. Kichert, Christian
52. Kijewski, Robert
53. Knappe-Maas, Meike (Ausbilderin)
54. Konold, Klaus (Ruhestand)
55. Kramer, Lena (Schülerin)
56. Kramm, Ben
57. Kulcke, Gesine (Dozentin)
58. Kühnel, Lisa
59. Kühneweg, Margaretha
60. Küster, Dr. paed. Helmut (Schulleiter und Hochschullehrer a.D.)
61. Lampe, Björn
62. Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Baden-Württemberg

63. Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Hamburg
64. Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Hessen
65. Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Sachsen
66. Langbein, Andreas (GEW Südbaden)
67. Langer, Phil C.
68. Latasch, Prof. Dr. Leo (Vorstand jüd. Gemeinde Frankfurt)
69. Linnemann, Tobias (Bildungsreferent)
70. Litty, Georg (Jugendleiter)
71. Mager-Weingarten, Gorch (Lehrer)
72. Mathern, Ursula
73. Meyer, Brunhilde (Lehrerin im Ruhestand)
74. Müller, Katja
75. Müller, Rike
76. Müller, Saskia
77. Müller, Dr. Winfried L. (Gymnasiallehrer)
78. Neiss, Angelika
79. Nitsch, Monika (pensionierte Lehrerin)
80. Nolte, Axel (ehm. BR-Vorsitzender)
81. Ortmeier, Dr. Benjamin (apl. Prof. Goethe-Universität Frankfurt am Main)
82. Padberg, Nils
83. Peter, Jakob (Co-Sprecher Junge GEW Mecklenburg-Vorpommern)
84. Peters, Torge
85. Pohlit, Alexander (Junge GEW Frankfurt)
86. Pönicke, Rita
87. Pressel, Felix (GEW Kreisvorsitzendenteam Offenbach-Stadt)
88. Reitter, Carla (Studentin)
89. Rhein, Johannes
90. Roth, Benjamin (Student)
91. Sack, Philipp
92. Schmelzer, Christian (Betriebsrat)
93. Schmidt, Erwin
94. Schmidt, Klaus (Pensionär)
95. Schreiber, Melanie (Soziologin Uni Frankfurt)
96. Schreier, Kerstin
97. Schubert, Johannes (Student)
98. Seel, Ben (Student)
99. Springer, Springer (Rentner)
100. Steiner, Rolf (Sprach- und Lesehelfer)
101. Stock, Christian
102. Störmer, Inessa
103. Streb, Markus
104. Thimm, Susanne
105. Toewe, Julian (Student)
106. Tran, Jasmin (Lehrerin, berufliche Schule)
107. Tümmeler, Mario (Student)
108. Weise, Jan (Student)
109. Weyers, Stefan (Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Mainz)
110. Wielicki, Lisa (Studentin)
111. Wompe, Mag (Industriesoziologin, Redaktion LabourNet Germany)
112. Wrede, Engelbert (Schulleiter)
113. Zamojduk, Daniel (Student)
114. Zieran, Manfred (Journalist)

Lehrergewerkschaft „Die GEW hat Renazifizierung betrieben“

Von Martin Steinhagen

Mehr als 90 Prozent der Lehrer waren 1937 im NS-Lehrerbund, erklärt Saskia Müller, „ein Drittel davon NSDAP-Mitglieder“. Foto: imago/teutopress

Die Wissenschaftler Benjamin Ortmeyer und Saskia Müller forschen zum NS-Lehrerbund und kritisieren im FR-Interview den Umgang der Gewerkschaft mit ihrer Geschichte.

Frau Müller, Sie haben zu der Pädagogenorganisation „Nationalsozialistischer Lehrerbund“ geforscht. Lehrerinnen und Lehrer waren in der NSDAP überrepräsentiert. Warum war das so?
Saskia Müller: Die Tatsache, dass die Nazis sich bei den Lehrerinnen und Lehrern so gut verankern konnten – mehr als 90 Prozent waren 1937 im NS-Lehrerbund, ein Drittel davon NSDAP-Mitglieder – hängt sicher damit zusammen, dass die autoritäre Mentalität von Beamten und eine bestimmte reaktionäre Grundhaltung schon bei vielen Lehrerinnen und Lehrern bereits vorher existierte. Die fortschrittlichen wurden ja 1933 schon entlassen.

Herr Ortmeyer, welche Rolle spielte der NS-Lehrerbund?

Benjamin Ortmeyer: Der NS-Lehrerbund war in vielerlei Hinsicht ein Sammelbecken für Lehrervereine, die es schon vorher gab, die mit fliegenden Fahnen zu den Nazis übergelaufen sind und ihnen ihre Organisation und ihre Finanzen zur Verfügung gestellt haben. Vor 1933 war der NS-Lehrerbund eine militante Unterorganisation der NSDAP, die gegen sozialdemokratische, kommunistische und jüdische Lehrerinnen und Lehrer gehetzt hat.

Und später?

Müller: Nach 1933 zeigt das Zentralorgan des NS-Lehrerbundes, das wir analysiert haben, dass das volle Ideologieprogramm der Nazis im Stil von Julius Streichers Hetzblatt ‚Der Stürmer‘ umgesetzt wurde. Wir lesen in der Lehrerbundzeitung das Hitlerzitat über die Vernichtung der ‚jüdischen Rasse‘ in Europa, es wird die ‚Ausmerzungen des minderwertigen Erbgutes‘ sowie die ‚ungehemmte Rücksichtslosigkeit‘ gegen ‚asoziale Schädlinge‘ propagiert, dass es einem heute vorkommt, als wäre es keine Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer, sondern für die SS.

Benjamin Ortmeyer ist Erziehungswissenschaftler und leitet an der Uni Frankfurt die Forschungsstelle NS-Pädagogik.

Saskia Müller, Mitarbeiterin an der Forschungsstelle, promoviert zum NS-Lehrerbund und hat mit Ortmeyer das Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945: Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes“ veröffentlicht. (Beltz Juventa, 206 Seiten, 19,95 Euro).

Warum ist die Auseinandersetzung damit nicht nur für Historiker, sondern auch für Pädagogen heute relevant?

Müller: In vielen Berufsgruppen, seien es die Historiker, sei es das Bundeskriminalamt oder das Auswärtige Amt, gab es zuletzt Untersuchungen zu der Zeit nach 1945. Es zeigte sich, dass weder die eigene NS-Vergangenheit noch der Umgang damit nach Ende des Zweiten Weltkriegs aufgearbeitet wurde und dadurch personelle Kontinuitäten, aber eben auch inhaltliche Verharmlosungen der NS-Zeit vorprogrammiert waren.

So auch in der Lehrerschaft? Sie kritisieren, dass die 1949 gegründete Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft dieses Kapitel bisher nicht aufgearbeitet hat.

Ortmeyer: Dasselbe Phänomen wie bei anderen Berufsgruppen finden wir bei den Lehrerinnen und Lehrern in der GEW. Der entscheidende Punkt ist nicht, dass die GEW in den 1950er Jahren Judenfeindschaft oder Ähnliches propagiert hätte, sondern dass sie die NS-Zeit verharmlost, verschwiegen und die eigene Rolle der Lehrerinnen und Lehrer damals letztlich verfälscht hat. Das ist bis heute eine Aufgabe der Erziehungswissenschaft, diese Berufsgruppe, diese Profession mit der eigenen Vergangenheit zu konfrontieren, was angesichts der aktuellen Situation umso wichtiger ist. Sie wissen, worauf ich anspiele: die Neonazis und ihre Helferinnen und Helfer in ganz Deutschland heute.

Eine Aufarbeitung fordert zeitgleich mit dem Erscheinen Ihres Buches auch der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW.

Müller: Ich denke, dass die Forderungen der Studierenden in der GEW in erster Linie eine Forderung nach einer umfassenden Diskussion, aber auch nach Forschungen in den einzelnen GEW-Gruppen vor Ort beinhaltet.

Zudem heißt es in dem offenen Brief, die Stiftung der GEW müsse umbenannt werden. Derzeit trägt sie den Namen des ersten Vorsitzenden, Max Traeger. Er spielt auch in Ihrem Buch eine Rolle. Was werfen Sie ihm vor?

Ortmeyer: Die Max-Traeger-Stiftung ist nach einem Mann benannt, der sich führend an der Legende beteiligt hat, dass die alten Lehrervereine zwangsvereinigt wurden, obwohl gerade dieser Max Traeger beteiligt war, den alten Lehrerverband in Hamburg in den NS-Lehrerbund umzuwandeln. Dass ein Mann wie Max Traeger heute noch im Jahr 2016 Namenspatron einer gewerkschaftlichen Stiftung ist, das empfinden wir als einen echten Skandal und ich gehe davon aus, dass die GEW sich dieser Debatte stellen und die Stiftung umbenennen wird.

Sie sind selbst GEW-Mitglied. Was muss aus Ihrer Sicht jetzt geschehen?

Ortmeyer: Es ist wichtig, die personellen Kontinuitäten der alten Nazis bis hinein in die GEW und ihre Funktion in der Gewerkschaft in den 1950er und 1960er Jahren ordentlich aufzuarbeiten. Hinzu kommt, dass diese alten Nazis, die von den Alliierten entlassen wurden, von der GEW auch noch Rechtsschutz bekamen und in großem Umfang wieder eingestellt wurden. Die Akten der GEW-Rechtsschutzabteilung wurden alle von der GEW geschreddert, so dass aufwendige Recherchen in den Personalakten nötig sein werden. Im Frankfurter Schullandheim Wegscheide wird zum Beispiel immer noch Wilhelm Bardorff geehrt, der auch ein Funktionär der GEW in Frankfurt war. Bei den Alliierten saß dieser SA-Mann im Gefängnis.

Ihr Vorwurf lautet also, die Gewerkschaft habe dazu beigetragen, dass alte Nazis wieder an Schulen unterrichten konnten?

Ortmeyer: In der Tat hat die GEW nach 1949 eine rege Renazifizierung des pädagogischen Bereichs betrieben. So schlimm das klingt, es ist die Wahrheit. Eugen Kogon hat es auf den Nenner gebracht: ‚Seit uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner‘, sagte er in Bezug auf die ganze Gesellschaft. Das heißt, die von den Alliierten entlassenen Nazis in allen Gebieten, aber eben auch in der Lehrerschaft, kamen Stück für Stück, ob sie SA-Obersturmbannführer waren oder SS-Obergruppenführer oder sonst was, sie kamen fast alle wieder auf die Beamtenposten zurück.



Hetze wie im „Stürmer“: Die Autoren haben das „Kampfblatt“ des NS-Lehrerbundes ausgewertet. Foto: Archiv Forschungsstelle NS-Pädagogik

In der GEW gibt es nicht zum ersten Mal Streit um den Umgang mit der NS-Geschichte. Vor einigen Jahren ging es um ein Haus in Gewerkschaftsbesitz in Hamburg. Auch dabei spielt der NS-Lehrerbund eine Rolle.

Ortmeyer: Das vom NS-Lehrerbund ‚arisierte‘ Haus, das ein jüdischer Besitzer 1935 verkaufen musste, wurde nach 1945 mit lügnerischen Behauptungen zu einem Haus der GEW gemacht. Bei der Aufklärung darüber haben Hamburger GEW-Aktivist*innen schon viel geleistet. Die GEW hat dieses Haus 2013 für 2,5 Millionen Euro an eine jüdische Organisation verkauft und einen größeren Betrag an die Jüdische Gemeinde Hamburg gespendet. Nun, die Spende finde ich großartig, den Verkauf selbst möchte ich hier nicht bewerten. Es geht insgesamt darum, welches Vermögen aus dem Besitz des NS-Lehrerbund an die GEW in allen Bundesländern übergeben wurde. Da stehen wir, da steht die GEW am Anfang.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hat angekündigt, dass die Gewerkschaft zu ihrer Geschichte forschen wird. Sind Sie damit zufrieden?

Ortmeyer: Na ja, ich freue mich immer über Ankündigungen und Versprechungen. Aber noch wichtiger ist selbstredend, dass insgesamt in der GEW diese Frage als ernste Aufgabe begriffen wird, um überhaupt ein Element der Glaubwürdigkeit gerade an jüngere GEW-Mitglieder, die aktuell in Dörfern und Städten mit der Nazibewegung und deren Verharmlosern zu tun haben, weitergeben zu können. Und Glaubwürdigkeit ist eines der wesentlichen Dinge in der Pädagogik überhaupt.

Interview: Martin Steinhagen



Lehrergewerkschaft mit NS-Vergangenheit

Mitläufer als Aushängeschild

Die GEW gilt als links und antifaschistisch. Nun ist ihre Stiftung nach einem Mann benannt, dem Historiker Geschichtsfälschung vorwerfen.

Historiker Geschichtsfälschung vorwerfen.



Auch der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) verbreitete seinerzeit den Mythos vom „deutschen Blut“ Foto: imago/United Archives International

BERLIN taz | „Was der Jude glaubt ist einerlei – in der Rasse liegt die Schweinerei.“ Was die Zeitschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zwischen 1933 und 1945 veröffentlichte, kann man nur als bösartige Hetze bezeichnen. Fast die gesamte Lehrerschaft – 97 Prozent – war seinerzeit Mitglied und bezog die Zeitschrift viele Jahre kostenlos.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs und der Gründung der Bundesrepublik fassten die Mitglieder nicht nur rasch wieder in den Schulen Fuß, sondern auch in den neu gegründeten Verbänden – unter anderem in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die 1949 gegründete Lehrergewerkschaft gilt unter den Verbänden, die sich unter dem Dach des DGB versammeln, als besonders links und antifaschistisch.

Nun erheben Gewerkschaftsmitglieder schwere Vorwürfe. „Die GEW beteiligte sich massenhaft daran, berechnete Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen“, heißt es in einem offenen Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW, der der taz vorliegt.

Und nicht nur das: Der erste Vorsitzende der GEW, Max Traeger, nach dem die wissenschaftliche Stiftung der Gewerkschaft benannt ist, habe in den Nachkriegsjahren mit großer Energie Geschichtsfälschung betrieben. Die Studenten fordern nun eine breite und öffentliche Debatte und die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung. Auf der Website KeinVorbild.wordpress.com sollen ab Montag Unterschriften gesammelt werden.

Die Initiative beruht auf Recherchen des Frankfurter Professors Benjamin Ortmeier, der die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität leitet und vor einigen Jahren den Reformpädagogen Peter Petersen als strammen Rassenideologen enttarnte.

„Besonders bösartige Hetze“

Ortmeier und sein Team werteten in ihrem aktuellen Projekt zehn pädagogische Publikationen der NS-Zeit aus und beschäftigten sich unter anderem mit der zentralen Verbandszeitschrift des NSLB. Aufmerksam geworden durch „die besonders bösartige Hetze“ in dieser Zeitschrift, widmeten sie dem NSLB ein ganzes Buch. In diesem legen sie unter anderem dar, wie der Lehrerbund den Mythos vom „deutschen Blut“ verbreitete und eine besondere Hetze gegen sogenannte Mischlinge betrieb. Zudem hätten sich die Mitglieder vor allem an den Hilfsschulen an der „eugenischen“ Aussortierung von Schulkindern beteiligt.

Das Buch erscheint am Montag. Das letzte Kapitel widmen Ortmeier und die Koautorin Saskia Müller dem Erbe des NSLB. Darin weisen sie die von der GEW bis heute aufrechterhaltene Behauptung zurück, dass die Weimarer Lehrerverbände 1933 zwangsenteignet und zwangsweise in den NSLB eingegliedert wurden. An dieser „Legendenbildung“ habe sich auch der erste GEW-Vorsitzende Max Traeger maßgeblich beteiligt.

Benjamin Ortmeier

„Bis in die 70er Jahre war die GEW voll von alten Nazis“

Traeger war in der Weimarer Republik Vorsitzender eines Hamburger Lehrervereins, der 1933 dem NSLB freiwillig personell und finanziell beitrug. Nach dem Verbot der Naziorganisation 1945 wurde das Vermögen an die Verbände zurückgegeben, unter anderem ein zu einem Schnäppchenpreis von den jüdischen Besitzern gekauftes Haus in Hamburg. Dieses von Traeger noch 1950 als „Judengrundstück“ bezeichnete Haus ist bis heute im Besitz der Gewerkschaft.

Die GEW habe in den letzten Jahrzehnten zwar enorme Anstrengungen unternommen, über die NS-Zeit aufzuklären und Projekte an Schulen zu unterstützen, schreibt Ortmeier, der selbst GEW-Mitglied ist. „Aber vor der eigenen Haustür? Vor dem eigenen Haus wurde nichts wirklich gekehrt und geklärt.“ Man könne sagen, so Ortmeier zur taz, „dass die GEW bis in die 70er Jahre hinein voll von alten Nazis war“.

Er hat nun das Gespräch mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe gesucht. Die zeigte sich überrascht über die Enthüllungen. Sie habe sich bisher nicht mit Max Traeger beschäftigt. Tepe zeigte sich aber offen für eine Debatte in der GEW. „Wir initiieren gerade ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte der GEW. Dabei werden wir auch zur Vita von Max Traeger forschen lassen, alle Fragen in Ruhe diskutieren – und wir sind ergebnisoffen. Am Ende kann auch herauskommen, dass wir die Stiftung umbenennen.“

Anmerkung der Redaktion: Im Text hieß es ursprünglich, das Hamburger Haus sei bis heute im Besitz der Gewerkschaft. Das ist nicht richtig. Die von Max Traeger als „Judengrundstück“ bezeichnete Immobilie wurde 2013 von der GEW Hamburg an das jüdische Bildungszentrum Chabad e. V. für 2,5 Millionen Euro verkauft, von denen die GEW 400.000 an die Jüdische Gemeinde Hamburg spendete.¶



Mitläufer als Aushängeschild

NS-ZEIT Die GEW gilt als links und antifaschistisch. Nun ist ausgerechnet ihre Stiftung nach einem Mann benannt, dem Historiker Geschichtsfälschung vorwerfen

VON ANNA LEHMANN

BERLIN taz | „Was der Jude glaubt ist einerlei – in der Rasse liegt die Schweinerei.“ Was die Zeitschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zwischen 1933 und 1945 veröffentlichte, kann man nur als bössartige Hetze bezeichnen. Fast die gesamte Lehrerschaft – 97 Prozent – war seinerzeit Mitglied und bezog die Zeitschrift viele Jahre kostenlos.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs und der Gründung der Bundesrepublik fassten die Mitglieder nicht nur rasch wieder in den Schulen Fuß, sondern auch in den neu gegründeten Verbänden – unter anderem in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die 1949 gegründete Lehrgewerkschaft gilt unter den Verbänden, die sich unter dem Dach des DGB versammeln, als besonders links und antifaschistisch.

Nun erheben Gewerkschaftsmitglieder schwere Vorwürfe. „Die GEW beteiligte sich massenhaft daran, berechnete Sanktionen gegen NS-Lehrer innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen“, heißt es in einem offenen Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW, der der taz vorliegt. Und nicht nur das: Der erste Vorsitzende der GEW, Max Traeger, nach dem die wissenschaftliche Stiftung der Gewerkschaft benannt ist, habe in den Nachkriegsjahren mit großer Energie Geschichtsfälschung betrieben. Die Studenten fordern nun eine breite und öffentliche Debatte und die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung. Auf der Website KeinVorbild.wordpress.com sollen ab diesem Montag Unterschriften gesammelt werden.

Die Initiative beruht auf Recherchen des Frankfurter Professors Benjamin Ortmeyer, der die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität leitet und vor einigen Jah-



Kinder einer Volksschule grüßen die Lehrerin mit „deutschem Gruß“ – die grüßt zurück Foto: Ullstein Bild

ren den Reformpädagogen Peter Petersen als strammen Rassenideologen enttarnte.

Ortmeyer und sein Team werteten in ihrem aktuellen Projekt zehn pädagogische Publikationen der NS-Zeit aus und beschäftigten sich unter anderem mit der zentralen Verbandszeitschrift des NSLB. Aufmerksam geworden durch „die besonders bössartige Hetze“ in dieser Zeitschrift, widmeten sie dem NSLB ein ganzes Buch. In diesem legen sie unter anderem dar, wie der Lehrerbund den Mythos vom „deutschen Blut“ verbreitete und eine besondere Hetze gegen sogenannte Mischlinge betrieb. Zudem hätten sich die Mitglieder vor allem an den Hilfsschulen an der „eugenischen“ Aussortierung von Schulkindern beteiligt.

Das Buch erscheint am heutigen Montag. Das letzte Kapitel widmen Ortmeyer und die Koautorin Saskia Müller dem Erbe des NSLB. Darin weisen sie die von der GEW bis heute aufrechterhaltene Behauptung zurück, dass die Weimarer Lehr-

verbände 1933 zwangsenteignet und zwangsweise in den NSLB eingegliedert wurden. An dieser „Legendenbildung“ habe sich auch der erste GEW-Vorsitzende Max Traeger maßgeblich beteiligt.

„Bis in die 70er Jahre war die GEW voll von alten Nazis“

BENJAMIN ORTMEYER, UNI-PROFESSOR FRANKFURT/MAIN

Traeger war in der Weimarer Republik Vorsitzender eines Hamburger Lehrervereins, der 1933 dem NSLB freiwillig personell und finanziell beitrug. Nach dem Verbot der Naziorganisation 1945 wurde das Vermögen an die Verbände zurückgegeben, unter anderem ein zu einem Schnäppchenpreis von den jüdischen Besitzern gekauftes Haus in Hamburg. Dieses von Traeger noch 1950 als „Judengrundstück“ bezeichnete Haus ist bis heute im Besitz der Gewerkschaft.

Die GEW habe in den letzten Jahrzehnten zwar enorme Anstrengungen unternommen, über die NS-Zeit aufzuklären und Projekte an Schulen zu unterstützen, schreibt Ortmeyer, der selbst GEW-Mitglied ist. „Aber vor der eigenen Haustür? Vor dem eignen Haus wurde nichts wirklich gekehrt und geklärt.“ Man könne sagen, so Ortmeyer zur taz, „dass die GEW bis in die 70er Jahre hinein voll von alten Nazis war“.

Er hat nun das Gespräch mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe gesucht. Die zeigte sich überrascht über die Enthüllungen. Sie habe sich bisher nicht mit Max Traeger befasst, räumte Tepe gegenüber der taz ein. „Ich habe keine Zeit, mich mit allen Vorgängern zu beschäftigen, dazu drängt der Alltag zu sehr.“ Sie zeigte sich aber offen für eine Debatte in der GEW. „Wir werden diese Frage in Ruhe diskutieren und sind dabei offen“, sagte Tepe. „Am Ende kann auch herauskommen, dass wir die Stiftung umbenennen.“

Meinung + Diskussion SEITE 12

KLAUS HILLENBRAND ÜBER NS-SPUREN BEI DER GEW

Ehrlichkeit vor der eigenen Tür

Allzu spät begann in jüngster Zeit die Durchleuchtung staatlicher Institutionen hinsichtlich personeller Kontinuitäten von der Nazizeit bis zur Bundesrepublik. Vom Bundesnachrichtendienst bis zum Auswärtigen Amt diagnostizierten die damit betrauten Wissenschaftler, dass schwer belastete Herrschaften ihre Karrieren problemlos fortsetzen konnten. Verwundert es da, wenn nun auch die Gewerkschaften mit ihrer braunen Vergangenheit konfrontiert werden?

Ja und nein. Denn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat zwar 1933 zunächst versucht, sich den neuen Machthabern anzudienen; der SPD-nahe Verband wurde dennoch verboten. Er war zwar nicht sehr widerständig, aber deshalb noch lange nicht systemkonform. Anders verhielt es sich mit der Vertretung der verbeamteten Lehrer, die sich offenbar freiwillig in eine NS-Organisation umformen ließ. Und so kommt es, dass ausgerechnet die linke Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft heute ein Problem mit ihrer Vergangenheit hat.

Dabei geht es wohlgemerkt nicht – wie bei staatlichen Stellen – um SS-Verbrecher, aber doch um das Schönfärben der Verbandsgeschichte in der Nachkriegszeit durch einen GEW-Funktionär und die Aneignung eines „zwangsarisierten“ Hauses, das bis heute im Besitz der GEW ist und vermutlich gutes Geld eingebracht hat. Dass nach diesem Herrn bis heute eine Stiftung benannt ist, dokumentiert eine Wurschtigkeit, wie wir sie bei der GEW nicht vermutet hätten.

Niemand wirft der Lehrgewerkschaft vor, dass sich unter ihren Funktionären NS-Verbrecher verbargen. Aber die Tatsache, dass es der GEW über Jahrzehnte gelungen ist, ihre eigene Vergangenheit erfolgreich zu verdrängen, wirft kein gutes Licht auf eine Organisation, die zugleich rechtsradikalen Tendenzen den Kampf angesagt hat. Wahrhaftigkeit beginnt vor der eigenen Haustür. Die GEW ist gut beraten, wenn sie sich dieser Geschichte stellt und die notwendigen Konsequenzen zieht.

Inland SEITE 7

Anmerkung der Redaktion: Im Text hieß es ursprünglich, das Hamburger Haus sei bis heute im Besitz der Gewerkschaft. Das ist nicht richtig. Die von Max Traeger als „Judengrundstück“ bezeichnete Immobilie wurde 2013 von der GEW Hamburg an das jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. für 2,5 Millionen Euro verkauft, von denen die GEW 400.000 an die Jüdische Gemeinde Hamburg spendete.

13. Oktober 2016

Presserklärung

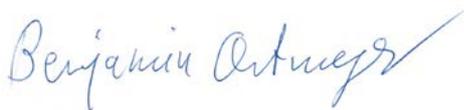
Der Offene Brief der Studierenden in der GEW (BASS) findet meine volle Unterstützung.

Es geht um den institutionellen und personellen Zusammenhang zwischen NSLB und GEW, eine Debatte ich ja schon zweimal 2007 und 1998 in Offenen Briefen an den Hauptvorstand der GEW versucht habe auf die Tagesordnung zu bringen.

Die alten Lehrervereine wurden nicht 1933 wie die Metallergewerkschaft und anderer Gewerkschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter von den Nazis zerschlagen, ihre Funktionäre verhaftet und ins KZ gesteckt. Insbesondere die alten Lehrervereine, gerade auch der alte Lehrerverein in Hamburg sind freiwillig, mit übergroßer Mehrheit und sehr wenigen Gegenstimmen, und mit fliegenden Fahnen, in den NSLB eingetreten und haben den Nazis sämtliches Geld übergeben.

Nach dem Krieg von einer Zwangsgleichschaltung und einem Raub der Kasse zu reden, ist eine Geschichtslüge. Genau damit hat sich Max Träger unangenehm hervor getan und deswegen denke ich, dass nicht eine Stiftung und ein Haus der GEW nach diesem NSLB, GEW und späteren FDP Mann benannt werden sollte.

Was das Haus angeht, in dem die Max-Traeger-Stiftung untergebraucht ist (Reifenbergerstr. 21 in FFM, dass wohl daher oft „Max-Traeger-Haus“ genannt wurde) wurde mir glaubhaft versichert, dass es offiziell nicht Max-Traeger-Haus heißt (insofern auch nicht offiziell umbenannt werden kann), auch wenn die gleichnamige Stiftung dort ihren Sitz hat. Es geht also um die Umbenennung der MAX-TRAEGER-STIFTUNG am besten nach einer Person, die sich nicht den Nazis angepasst hat: Heinrich Rodenstein.



Benjamin Ortmeyer

Näheres auch auf der Homepage der GEW-Studierenden
<https://keinvorbild.wordpress.com/>

Hauptversammlung der „Gesellschaft“ 28. August 1933

mit TO und Antrag des Vorstandes:

„Zu Liquidatoren werden bestimmt ...6. Lehrer Max Traeger“

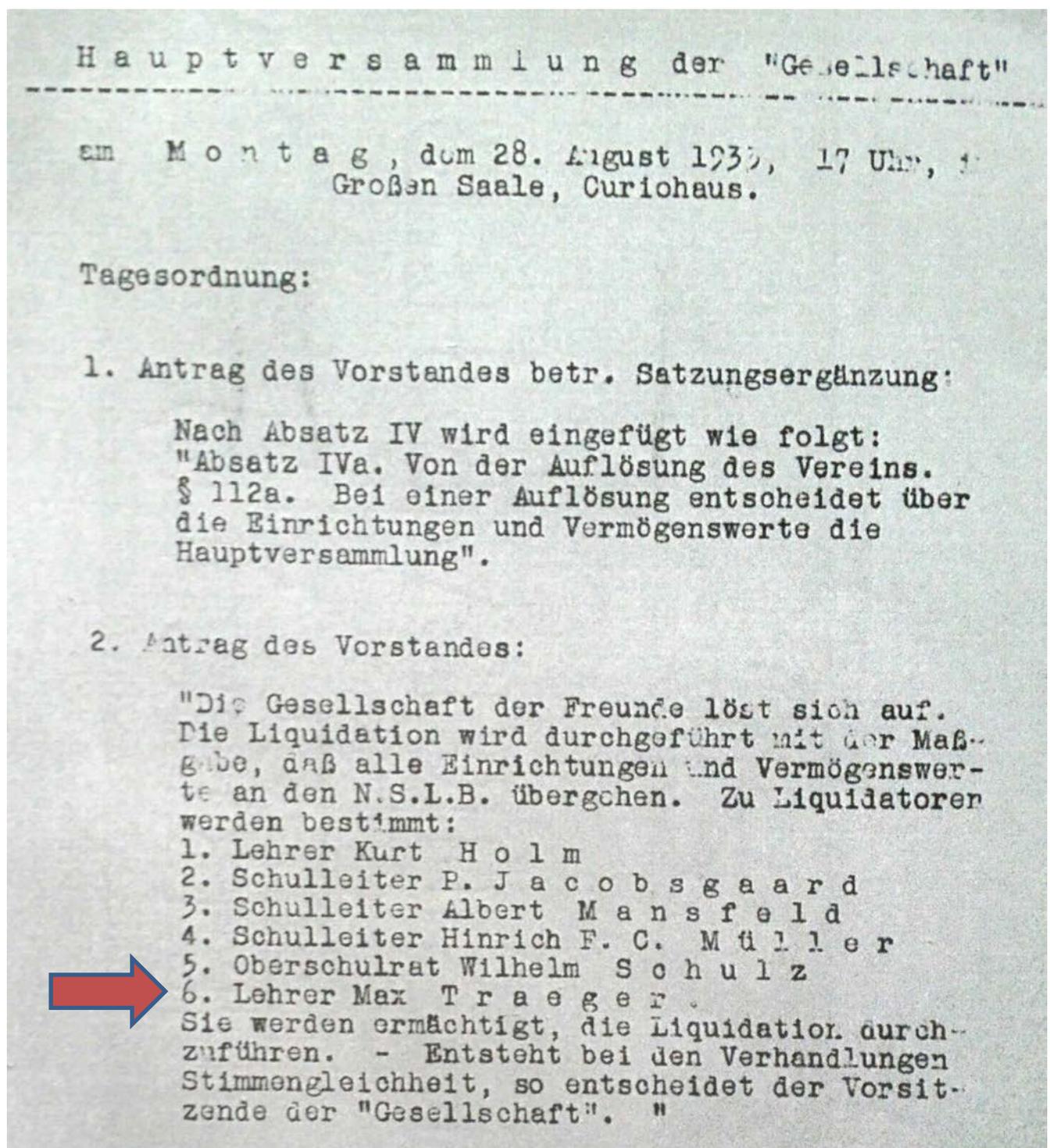




Foto: Archiv Hamburger Schulmuseum

Max Traeger (1887 – 1960), Lehrerseminar, seit 1908 Volksschullehrer in Hamburg, Proponent der »Gesellschaft« 1920 – 23, MdBü 1927 – 33 (DDP, D. StP), Vorsitzender der »Gesellschaft« 1945 – 48, Vorsitzender des Allgemeinen Lehrerverbandes/GEW-Bundesorganisation 1946 – 52 und 1958 – 60, nach 1945 Obersenatsrat und Leiter der Schulfürsorge, FDP.

Schlüßstrich drüunter!

Schlüß mit

Entnazifizierung
Entrechtung
Entmündigung

Schlüß mit dem

Staatsbürger 2-Klasse

WER

Staatsbürgerliche
Gleichberechtigung

WILL

Wählt

FDP

B I S H E R L D P

Wahlplakat 1949/50

Saskia Müller / Benjamin Ortmeier

Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945

Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes

Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB

Inhaltverzeichnis

Einleitung	9
Teil A Der NSLB und sein Zentralorgan	17
Kapitel I Der NSLB	19
1. Zur Geschichte des NSLB	19
2. Die sogenannte ‚Gleichschaltung‘ mit dem NSLB	21
3. Zu Mitgliederzahlen und Gliederung des NSLB	23
4. Die Führer des NSLB Hans Schemm und Fritz Wächtler	25
Kapitel II Das Zentralorgan des NSLB	27
1. Formalia	30
2. Gliederung und Rubriken	34
Kapitel III Die sogenannte ‚Kampfzeit‘ 1929 bis März 1933	36
1. Die Propagandabroschüre ‚Mutter oder Genossin‘	38
2. Eine erste programmatische Grundlage	45
3. Die Hetze des NSLB gegen Kurt Löwenstein	48
Kapitel IV Der NSLB als verbrecherische Organisation	57
1. Ideologische Ausrichtung und Schulung der pädagogischen Profession	57
2. Überwachung, Bespitzelung, Denunziation und Verfolgung	61

Teil B Kernpunkte der NS-Ideologie im Zentralorgan des NSLB	65
Kapitel V Rassismus	67
1. Grundgedanken des Rassismus	70
2. Die Konstruktion der ‚deutschen Volksgemeinschaft‘ und die Erziehung zum deutschen Herrenmenschen	82
3. Der Kolonialrassismus	92
4. Der Antiziganismus	98
5. Die rassistische Didaktik im Unterricht	100
Kapitel VI ‚Eugenik‘ und ‚Euthanasie‘	109
1. Die Grundidee der ‚Eugenik‘: Aufzucht und Aussonderung	111
2. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“	113
3. Die NS-Kategorie ‚Unbrauchbar‘	115
4. Rassistische Didaktik	120
5. Die Beteiligung der Lehrkräfte an den Eugenik- und Euthanasieverbrechen	124
Kapitel VII Judenfeindschaft	131
1. Der Rückgriff auf die christliche Judenfeindschaft	134
2. Die rassistische Judenfeindschaft	140
3. Die Verleumdung der Jüdinnen und Juden als geborene Kriminelle und die Erfindung des ‚Finanzjudentums‘	149
4. Die Konstruktion der ‚jüdischen Weltverschwörung‘	156
5. Die folgenreiche Beschimpfung der Jüdinnen und Juden als Seuche und Parasiten	168
6. Konsequenzen: Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung	171
Teil C Nach 1945	179
Kapitel VIII Was folgte auf den NSLB?	181
1. Das Erbe des NSLB	181
2. Der aufrechte Pädagoge Heinrich Rodenstein und seine Hinweise zur Geschichte der GEW-Lehrkräfte vor 1945	183
3. Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung	185
4. Die Alliierten und die Gründung der GEW	186
5. Vom NSLB in die GEW: Das Hamburger „Judengrundstück“ (Max Traeger) in der Rothenbaumchaussee 19	188
6. Die GEW und der Geschichtsrevisionismus in Hamburg 2000–2010	191
7. Nicht das eigene Nest beschmutzen? Die GEW und die Max-Traeger-Stiftung (Fassung für die 2. Auflage)	198

Aus der Einleitung:

Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) war eine verbrecherische Organisation, die nach dem 8. Mai 1945 von den Alliierten mit gutem Grund verboten wurde. Der organisatorisch und inhaltlich an die NSDAP angeschlossene NS-Lehrerbund wirkte als Arm des Staates in Schule und Erziehungsinstitutionen. Seine Mitglieder haben sich wissentlich und bewusst an der Unterstützung des NS-Regimes beteiligt. In der Denkschrift des Verbandes Deutscher Lehrer-Emigranten aus dem Jahre 1934 heißt es: „Aus den Schulen wurden Kasernen, aus den Lehrern Bildungsunteroffiziere.“ (zit. n. Feidel-Mertz/Schnorbach 1981, S. 117) Im Abschnitt „Jugend unter dem Hakenkreuz“ heißt es:

„Eine der furchtbarsten Auswirkungen der unbeschränkten faschistischen Macht in Deutschland ist die systematische Verhetzung der Kinder. Die Schule ist zu einem Instrument der Nazi-Partei herabgesunken.“ (ebd., S. 130)

Insbesondere Auszüge aus der Exil-Zeitschrift „Neue Erziehung“, die in Prag erschien, dokumentieren die Einschätzung der NS-Schule und der NS-Lehrkräfte. Die emigrierten Lehrkräfte kamen bereits 1933 zu einem harten Urteil:

„Und so muss denn festgestellt werden: An der Verseuchung der Jugend mit nationalsozialistischem Gewaltgeiste tragen die Hauptschuld die von der Deutschen Republik bezahlten Lehrer. Die Geschichte wird ein hartes Urteil über sie fällen.“ (zit. n. Schnorbach 1983, S. 81)

Systematisch wurden die Schülerinnen und Schüler von den nazistischen Lehrkräften zu „Nazi-Kindern“, wie Erika Mann schreibt, erzogen. 1938 erschien in New York ihr Buch „School for Barbarians. Education under the Nazis“, das im selben Jahr in Amsterdam auch auf Deutsch herausgegeben wurde, und zwar hier noch unter dem Titel „Die Schule der Barbaren“.²

Erika Mann berichtet zunächst in einem Prolog, wie sie in der Schweiz mit der Gattin eines Arztes zusammentrifft, die mit ihrem Mann und ihrem kleinen Kind aus Nazi-Deutschland emigrieren will – aus einem Grund: damit ihr einjähriger Sohn später nicht durch die Indoktrination in Schule und Staatsjugend zu einem Nazi wird. Dies war offensichtlich eine realistische Einschätzung angesichts der perfiden Perfektionierung der nazistischen Erziehung, die selbst dort griff, wo die Eltern gegen das nazistische Regime eingestellt waren.³

¹ Mit freundlicher Genehmigung des Beltz-Verlages

² Erst 1986 wurde, wie Alfred Grosser in seinem Nachwort kritisch hervorhebt, dieses Buch in Deutschland aufgelegt und erschien als knapp 200 Seiten starke, ungekürzte Taschenbuchausgabe unter dem nun neutral gehaltenen Titel „Zehn Millionen Kinder. Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich“ (München 1989). Die hier gemachten Seitenangaben beziehen sich auf diesen Band.

³ Es gehört zur Realität der NS-Zeit, dass, wie Erika Mann berichtet, die Emigration der beiden Eltern misslang. Das Arztehepaar wurde verhaftet und der Mann in das KZ Dachau verschleppt. In einem Zeitungsartikel heißt es: „Das vierzehn-Monate-alte Söhnchen des straffälligen Paares – Franz M., wurde in ein staatliches Kinderheim überführt. Es steht zu hoffen, dass es auf diese Weise noch gelingen wird, aus dem Knaben einen guten Nationalsozialisten zu machen“ (zit. n. Mann 1989, S. 17).

Erika Mann weist im Abschnitt über „Die Schule“ ausdrücklich darauf hin, dass die NS-Organisation dafür gesorgt habe, dass „in sehr kurzer Zeit der Charakter der Schulen sich völlig änderte“ (Mann 1989, S. 49). Sie schreibt, es

„ist das deutsche Kind schon heute ein Nazi-Kind und nichts weiter. Die Schule, die es besucht, ist eine Nazi-Schule, die Jugendorganisation, der es angehört, ist eine Nazi-Organisation, die Filme, zu denen man es zulässt, sind Nazi-Filme, und sein Leben gehört ohne Vorbehalt dem Nazistaat.“ (ebd., S. 18)⁴

Schon der Schulweg führe die Kinder an judenfeindlichen Plakaten, an Hakenkreuzen und Aufschriften wie ‚Juden ist der Eintritt verboten‘, ‚Juden sind hier unerwünscht‘ vorbei (vgl. ebd., S. 22 f.). Erika Mann konstatiert als übergeordnetes Ziel der nazistischen Erziehung die Vorbereitung auf „die Eroberung der Welt durch die Nazis“ (ebd., S. 113).

Mehr als andere Berufsgruppen eigneten sich Lehrerinnen und Lehrer dazu, die Ideologie des NS-Staates unter Kindern und Jugendlichen zu verbreiten. Sie haben ihre besondere Rolle als Pädagoginnen und Pädagogen dazu ausgenutzt, um diese in übelster Weise zu indoktrinieren sowie rassistisch und judenfeindlich auszurichten. Die personellen Träger der NS-Pädagogik arbeiteten systematisch daran, dass sich Kinder und Jugendliche – in einer Mischung aus Rassismus und Nationalismus – als ‚Deutsche‘ und als ‚Herrenmenschen‘ fühlten.⁵ Gezielt wurden sie brutalisiert und auf die Teilnahme am deutschen Raubkrieg vorbereitet. Ausnahmen bestätigten die Regel.

97 % der Pädagoginnen und Pädagogen waren schließlich 1937 in dieser verbrecherischen Organisation. Es gab einen harten Kern, der rund ein Drittel der NSLB-Mitglieder ausmachte.⁶ Das entsprach in etwa der Anzahl der zusätzlich in der NSDAP organisierten Pädagoginnen und Pädagogen Ende der dreißiger Jahre. Sicherlich gab es unter der Masse der Mitglieder des NSLB auch opportunistische und gleichgültige Personen. Die Bedeutung der Charakterlosigkeit, einer Mischung aus Zustimmung und Opportunismus sollte nicht unterschätzt werden. Dabei spielt möglicherweise auch eine Rolle, dass viele große Lehrerinnen- und Lehrerverbände samt ihrer Mitglieder in den NSLB überführt – oder wie man damals im NS-Jargon sagte: ‚gleichgeschaltet‘ – worden waren. Es wirkten im NSLB also auch jene Unterstützerinnen und Unterstützer des NS-Staates und Adolf Hitlers, die nicht bereit waren, das Recht zu nutzen, aus dem NSLB auszutreten, das es tatsächlich im NS-Staat gab.

3 % der Lehrkräfte waren jedoch ganz offensichtlich nicht Mitglied des NSLB – ein Beweis dafür, dass die ‚faule‘ Ausrede, man musste angeblich Mitglied sein, nicht stimmt. Dies entspricht grob überschlagen bei rund 300.000 Pädagoginnen und Pädagogen insgesamt 9.000 Personen, die sich bis 1937 dem NSLB entzogen haben bzw. entziehen konnten. Sicherlich gestaltete sich die Nicht-Mitgliedschaft auf Grund des Drucks bspw. durch wiederholte Eintrittsforderungen schwierig und war hinsichtlich der Denunziationen bis hin zu Verfolgungen mitunter auch gefährlich. Hinzu kam, dass

⁴ Obwohl sie von einer weitgehenden, ja fast vollständigen Indoktrinierung der Kinder unter dem NS-Regime ausgeht, zitiert Erika Mann dennoch Gegenbeispiele von Studentinnen und Studenten, die sich gegen die nazistische Indoktrinierung gewehrt haben. Mit einer rhetorischen Frage appelliert sie, im Grunde hoffend, dass ihre Analyse nicht zutreffen möge: „Aber haben sie, *wirklich*, die Jugend? Gehört sie, wirklich, den Nazis für Lebenszeit, diese [...] Millionenschar der deutschen Kinder?“ (ebd., S. 181, Herv. i. O.).

⁵ Von größerer Bedeutung war auch die von Hans Schemm gegründete und vom NSLB herausgegebene Schülerzeitung „Hilf mit!“, mit der die Lehrkräfte arbeiteten und die gerade auch bei der Erziehung zur Judenfeindschaft eingesetzt wurde. Laut Fritz Wächtler im Artikel „5 Jahre ‚Hilf mit!‘“ wurden zwischen 1933 bis 1938 170 Millionen Zeitschriften verteilt (siehe das Faksimile o. Quelle in: Schmidt 1988, S. 122). Zur Analyse der Schülerzeitschrift siehe Ortmeier, Benjamin: Indoktrination. Rassismus und Antisemitismus in der Nazi-Schülerzeitschrift „Hilf mit!“, Weinheim 2013.

⁶ Diese Zahlen finden sich in Dokumenten des NSLB. Siehe dazu genauer Kapitel I.3.

nach einiger Zeit keine anderen pädagogischen Verbände mehr existierten. Von einer wirklich obligatorischen Mitgliedschaft kann aber angesichts der 3 % trotzdem nicht gesprochen werden.⁷

Trotz dieser Möglichkeit der Nicht-Mitgliedschaft ist die Anzahl der Opposition erschreckend klein und sollte nicht dazu dienen, das insgesamt negative Bild der Lehrerinnen und Lehrer im NS zu relativieren. Viel eher kann davon ausgegangen werden, dass diese positiven Ausnahmen die brutale Realität der Regel bestätigen. Ein großer Teil der Lehrerinnen und Lehrer sah sich als Funktionsträger und Herrschaftsbeauftragter des NS-Systems und handelte, trotz mancher Einwände, aus Überzeugung. Die Berichte der jüdischen Schülerinnen und Schüler aus der Zeitspanne 1933 bis 1938 über ihre Schulzeit belegen das auf erschreckende Weise.⁸

Nun war faktisch der NSLB ein Teil des NS-Staates und eine der wesentlichen, wenn nicht die wesentlichste erziehungspolitische Zeitschrift, die in einer Massenaufgabe von mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitet wurde, war sein Zentralorgan, auf das sich die nachfolgende Studie über die Propaganda des Nationalsozialistischen Lehrerbundes konzentriert.⁹ Obwohl die Lehrerinnen und Lehrer sowie die ganze pädagogische Profession in der NS-Zeit einen ganz erheblichen Anteil an der NS-Indoktrination der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen hatten, gibt es bis heute fast keine Analysen der insgesamt über dreißig Zeitschriften des NSLB.¹⁰

Das Zentralorgan gab die Instruktionen, wie die Lehrerinnen und Lehrer, wie überhaupt Erzieherinnen und Erzieher die NS-Ideologie verbreiten und in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen eintrichtern sollten. Sie gibt insofern in erster Linie Auskunft darüber, wie die Lehrkräfte ausgerichtet wurden.

* * *

Der Schwerpunkt der Studie liegt also nicht auf der Analyse der Organisation und dem Aufbau des NSLB, sondern auf der Untersuchung der inhaltlichen, rassistischen und jüdenfeindlichen Ausrichtung der Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher.

⁷ Zum Widerstand im pädagogischen Bereich siehe Schnorbach, Hermann: Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930–1945, Königstein/Ts. 1983; Van Dick, Lutz: Oppositionelles Lehrerverhalten 1933–1945. Biographische Berichte über den aufrechten Gang von Lehrerinnen und Lehrern, Weinheim/München 1988.

⁸ Siehe die Dokumentation: Ortmeyer, Benjamin (Hrsg.): Berichte gegen Vergessen und Verdrängen - von 100 überlebenden jüdischen Schülerinnen und Schülern über die NS-Zeit in Frankfurt am Main, 1995, 4. Auflage Frankfurt a. M. 2016.

⁹ Die politische Zeitschrift hieß zunächst ab 1929 „Nationalsozialistische Lehrerzeitung“ (NSLZ), dann ab Juli 1933 „Reichszeitung der Deutschen Erzieher“ (RZDE), in der Folge ab April 1938 bis 1945 dann „Der Deutsche Erzieher“ (DDE). Im Folgenden wird einheitlich im Text vom Zentralorgan gesprochen, wenn nicht auf die einzelnen Ausgaben Bezug genommen wird.

¹⁰ Eine Ausnahme bildet die von der GEW in Auftrag gegebene Studie zur NS-Geschichte der heute von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herausgegebenen Zeitschrift „Die Deutsche Schule“, die in der NS-Zeit vom NSLB herausgegeben wurde (siehe Hoffmann-Ocon, Andreas: „Die Deutsche Schule“ im Nationalsozialismus (Die Deutsche Schule, Beiheft 10), Münster/New York/München/Berlin 2009). Des Weiteren existieren Studien über die NSLB-Zeitschriften „Die Mittelschule“ (Herz, Anita: Die nationalsozialistische Okkupation mittelschulischer Bildung. Dargestellt vor allem anhand der Zeitschrift „Die Mittelschule“ 1933–1942, Mainz 1989) und „Die Deutsche Sonderschule“ (Wolf, Antonius: Wandel im Jargon des Nationalsozialismus. Analyse der ideologischen Sprache in der Fachzeitschrift für Sonderschullehrer (1934–1944), Freiburg 1992).

Kapitel VIII Was folgte auf den NSLB?

(Leicht geänderter Auszug aus Saskia Müller | Benjamin Ortmeyer Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945, Weinheim 2016)

1. Das Erbe des NSLB

Der übergroße Teil der Lehrkräfte wurde zwölf Jahre mit dem Zentralorgan des NSLB im Sinne der Nazi-Verbrechen ausgerichtet. Nach dem 8. Mai 1945 wurden zwar die Nazi-Organisationen wie der NSLB sofort verboten, aber das was in den Köpfen insbesondere der Pädagoginnen und Pädagogen über zwölf Jahre lang an Nazi-Ideologie vorhanden war, konnte logischerweise nicht mit einem Federstrich oder einer Anweisung entfernt werden. Zu diesem ideologischen Ballast, zu diesem Erbe des NSLB auch nach dem 8. Mai 1945 hat das Zentralorgan des NSLB wesentlich beigetragen. Um es noch einmal pointiert vor Augen zu führen:

Der NSLB hat massiv die Existenz von angeblich unterschiedlichen menschlichen ‚Rassen‘ mit eindeutig rassistischen Wertungen festgeschrieben. Auf rassistischer Grundlage wurde der Mythos vom ‚deutschen Blut‘ verbreitet und eine besondere Hetze gegen sogenannte ‚Mischlinge‘ betrieben. Der Hautfarbenrassismus war fester Bestandteil des NSLB. Auch die Hetze gegen die sogenannten ‚fremdvölkischen Zigeuner‘ wurde nicht ausgelassen.

Die ‚Herrenmenschenideologie‘ und die Losung, ‚stolz ein Deutscher zu sein‘, waren prägend.

Zu den verbrecherischen Grundpositionen des NSLB gehörte die gesamte Darstellung des sogenannten ‚minderwertigen Erbgutes‘, das ausgemerzt werden müsse und eine Propaganda gegen angeblich ‚asoziale Schädlinge‘, gegen die mit ‚ungehemmter Rücksichtslosigkeit‘ vorgegangen werden müsse. Mitglieder des NSLB vor

allem an den Hilfsschulen beteiligten sich an der eugenischen Aussortierung von Schulkindern, die letztlich mörderische Konsequenzen hatte.

Ist das bisher dargelegte schon unerträglich, so steigerte sich der NSLB mit seinem Zentralorgan auf das Niveau von Julius Streicher in seiner hemmungslosen Judenfeindschaft. Mit Zitaten wie ‚Was der Jude glaubt ist einerlei – in der Rasse liegt die Schweinerei‘ wurde die jüdische Bevölkerung als unveränderbar, als verbrecherisch, als hinterhältig und böse, sowie als ‚parasitär‘, ausbeuterisch und betrügerisch, immer und immer wieder sozusagen ohne Pause von Heft zu Heft angeprangert, dazu gehörte auch der Duktus des ‚Juden‘ als ‚Börsenjude‘ und als ‚Welteroberer‘, die das Ziel hätten die Deutschen und die ‚europäischen Kulturvölker‘ zu vernichten. Die Fülle der gehässigen Beleidigungen ist schier endlos. Der Slogan ‚Jeden Tag neue Schandtaten der Juden!‘ spiegelt das Trommelfeuer des NSLB gegen die jüdische Bevölkerung wider. Die Mitglieder der Nazi-Organisation NSLB waren dabei, als es galt die jüdischen Schülerinnen und Schüler von den Schulen zu entfernen, nachdem schon 1933 – ebenfalls mit Hilfe von Denunziation durch Mitglieder des NSLB – jüdische Lehrerinnen und Lehrer sowie alle antinazistischen Lehrkräfte entlassen worden waren. Nach dem Novemberpogrom von 1938 war im Zentralorgan des NSLB die Rede vom ‚befreienden Pogrom‘ und schließlich scheute sich der NSLB nicht, in seiner Zeitschrift den Mordaufruf von Adolf Hitler über die ‚Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa‘ abzudrucken.

„die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“

erwähnten Hetze in den USA gebracht werden: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“

DDE März 1939, Heft 6, S. 123f.

Das ist es, was das Zentralorgan des NSLB verbreitet hat. Das war das Wesentliche am NSLB.

2. Der aufrechte Pädagoge Heinrich Rodenstein und seine Hinweise zur Geschichte der GEW-Lehrkräfte vor 1945

„Es muss ja schließlich im Vierten Reich ein paar geben, die sich nicht bekleckert haben.“ (Heinrich Rodenstein)

1974 erinnerte der ehemalige Vorsitzende der GEW (1960–1968), Heinrich Rodenstein, in seinem Artikel „25 Jahre GEW“ (Rodenstein 1974) daran, wie Adolph Diesterweg sich nach der Revolution 1848 angesichts der Reaktionsjahre von der Lehrerschaft ‚im Stich‘ gelassen fühlte, da es ihr „so sehr an Mut und Würde gebrach“ (ebd., S. 315).

„Ähnlich hart wie Diesterweg über die Lehrerschaft nach 1848 haben in unserer Zeit manche über die massenhafte Anpassung der deutschen Lehrer an den Nationalsozialismus ab 1933 geurteilt. Mir ist keine Veröffentlichung bekannt, die versucht hätte, die wahre Gesinnung der deutschen Lehrerschaft auch in ihren evtl. Wandlungen von 1933 bis 1945 festzustellen. Vielleicht schreckte bisher die außerordentliche Schwierigkeit der Aufgabe ab. Wo physisch-psychischer Terror Angst gebiert, wird Tarnung, Heuchelei fast zu einer Lebensnotwendigkeit. Wenn man nicht mehr ungestraft frei reden kann – an schreiben ist schon gar nicht zu denken –, gibt es kaum noch zuverlässige Zeugnisse über die wahre Gesinnung der Vielen. Es bleiben nur noch wenige Jahre Zeit, diese große Arbeit zu leisten. Schon jetzt leben viele der Betroffenen nicht mehr. In 10 Jahren wird ihre Zahl so klein geworden sein, dass sie eine solche Untersuchung nicht mehr tragen kann. Es bleibt auch fraglich, ob das erforderliche Maß an Erinnerungstreue und schonungsloser selbstkritischer Distanz vorausgesetzt werden darf.

Klar und jedermann einsichtig ist die Gruppe der Verfolgten und Märtyrer aus den Reihen der Lehrer. Blutzeugen können genannt werden. Anfang Juli 1933 wurde – in einer Reihe mit 9 Arbeitern – in Rieseberg bei Helmstedt der Braunschweiger Junglehrer Gustav *Schmidt* von der SA ermordet. Dieses Verbrechen ist über Braunschweig hinaus nur wenig bekannt. Adolf *Reichwein* wurde von den Schergen des „Dritten Reiches“ nach dem 20. Juli 1944 umgebracht.

Einige Tausend Lehrer wurden als ‚politisch unzuverlässig‘ entlassen, mit geringer oder ohne Pension. Etwa 200 Lehrer gingen in die Emigration, weil sie sich nicht beugen und terrorisieren lassen wollten.“ (ebd., Herv. i. O.)¹

Fünf Jahre später wurden Auszüge aus den Erinnerungen Rodensteins an die NS-Zeit veröffentlicht (Rodenstein 1979). Er schrieb über die Erlebnisse nach dem Januar 1933: „Ich hatte zu keinem Zeitpunkt erwogen, einen Versuch einer Anpassung zu machen.“ (ebd., S. 48). Und auf die Vorhaltungen einer Kollegin, er müsse sich doch wenigstens in irgendeiner NS-Organisation organisieren, antwortete er: „Es muss ja schließlich im Vierten Reich ein paar geben, die sich nicht bekleckert haben.“ (ebd.)

Anlässlich Hitlers Geburtstag sang er mit seiner Klasse weder das ‚Deutschlandlied‘ noch das ‚Horst-Wessel-Lied‘, sondern das Lied ‚Die Gedanken sind frei!‘ (vgl. ebd.). Außerdem sprach er mit seiner Klasse über die Versuche der Ausgrenzung der jüdischen Schulkinder. Als Ergebnis sah er in der folgenden Pause nach dieser Besprechung, wie die Mädchen seiner Klasse

„untergehakt in breiter Front den Schulhof auf- und absritten. In der Mitte hatten sie Ruth Maier, das Judenmädchen aus der 3b, genommen. Immer wieder sahen sie zu den Fenstern des Lehrerzimmers hinauf. Sie wollten, dass die Lehrer ihre Demonstration auch sähen.“ (ebd.)

Auch das war möglich in den ersten Monaten der NS-Diktatur, doch angesichts der Terroraktionen und den Massakern der SA, insbesondere der Folterung und Ermordung von zehn Inhaftierten, darunter der Lehrerstudent Gustav Schmidt, die Rodenstein alle persönlich bekannt waren, entschloss er sich doch, nach den Sommerferien im August 1933 nach Holland, dann 1935 nach Frankreich zu emigrieren.

Heinrich Rodenstein – 1902 in Braunschweig geboren – war zunächst Mitglied in der KPD und ab 1931 Mitglied der SAP. Nach 1945 lehrte er an der

¹ Weiter heißt es: „Auch gibt es Bewusstseinslagen in der Mitgliedschaft der GEW, die nur aus heute noch nachwirkenden, vergangenen Situationen und Erlebnissen zu erklären sind. (...) Unbestritten ist das

GEW-Bewusstsein heute vielfältiger und spannungsreicher denn je. (...) Diese spannungsgeladene Schichtung ist eine erbarmungslose Realität.“ (ebd., S. 314)

Pädagogischen Hochschule (Kanthochschule) in Braunschweig zunächst als Dozent und seit 1948 als Professor. Rodenstein kann als einer der Mitbegründer der ‚Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft‘ gelten, deren Vorsitzender er von 1960 bis 1968 war. 1968 trat Rodenstein in den Ruhestand

und lebte noch bis 1980. Nach ihm hat die GEW 1981 den Heinrich-Rodenstein-Fonds benannt.

3. Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung

In den ersten 2-3 Jahren nach 1945 war die Situation in Deutschland davon geprägt, dass die Alliierten zumindest versuchten, sich einen sehr genauen Überblick über den Grad der Nazifizierung der deutschen Gesellschaft zu verschaffen. Dabei wurden auch sämtliche in pädagogischen Berufen arbeitenden Personen überprüft.

Es gibt eine ganze Fülle von Literatur über das angebliche Scheitern der Entnazifizierung, gefüllt mit viel Mitleid für die sogenannten ‚kleinen Nazis‘ sowie der grundfalschen Hypothese, dass viel zu viele Menschen bei der Entnazifizierung ungerecht behandelt worden seien. Geschichtlich ist inzwischen ohne Frage klar, dass wesentlich zu wenige Menschen, die direkt an Verbrechen in der NS-Zeit beteiligt waren, zur Verantwortung gezogen wurden und dass viel zu rasch der Mantel des Vergessens und Verschweigens über die nazifizierte deutsche Gesellschaft gelegt wurde.

Ein besonderes – im Detail noch nicht geschriebenes – Kapitel der Nachkriegsgeschichte ist die Erforschung der Anstrengungen der Alliierten, die Nazis bis 1949 aus den Reihen der Lehrerinnen und Lehrer zu entfernen. An den Schulen gab es kaum noch Gegner des NS, zu stark hatte das NS-Regime nach 1933 Stück für Stück die Schulen nicht nur von jüdischen Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch von allen oppositionellen Kräften gereinigt, sie entlassen oder auch in KZs inhaftiert. Die Lage 1945-1946 für eine Neuaufnahme des Schulbetriebes (ähnliches gilt für den Universitätsbetrieb) war von der großen Schwierigkeit gekennzeichnet, überhaupt Lehrkräfte zu finden, die nicht selbst von der Nazi-Ideologie durchdrungen waren.

Dieses Problem war komplexer als jene Verbrecher zu erfassen, die direkt für das systematische Morden verantwortlich waren oder sich daran beteiligt hatten. Die Nazi-Ideologie umfasste eine ganze Palette von Aspekten, die in der vorliegenden Studie zumindest teilweise aufgefächert und vorgestellt wurden. Ein Kriterium bei der Entnazifizierung der

Lehrpersonen war verständlicherweise ihre Funktion in Parteiorganen der NSDAP, sowie in der SA und der SS. Die Haltung zum NSLB nach 1945 lautete damals weitgehend, dass es eigentlich eine Art Pflichtorganisation gewesen wäre, die Mitgliedschaft würde im Grunde nichts bedeuten. Es wird sich zeigen, wie die Debatte 2016 verläuft, wenn es um eine Gesamteinschätzung des NSLB geht.

Sollten nach 1945 nun also die alten Nazilehrkräfte wieder vor die Schülerinnen und Schüler treten, ohne Uniform und ohne ‚Heil Hitler‘, und weiter unterrichten, als wäre eigentlich gar nichts geschehen - nach neuen Richtlinien und neuen pädagogischen Methoden? Gab es überhaupt genügend Möglichkeiten, auf die Schnelle andere Lehrkräfte auszubilden und im Schuldienst einzusetzen?² Für Westdeutschland und die spätere BRD steht fest, dass sehr schnell, massiv ab 1949, die Kategorie der sogenannten ‚Mitläufer‘ zu einem Ehrentitel wurde, der als Beweis etwa für die Lehrkräfte galt kein Nazi gewesen zu sein. Auch höhere Ränge in der SA und der SS waren alsbald kein Hindernis mehr für Nachkriegskarrieren, insbesondere auch nicht für die Wiederaufnahme in den Schuldienst.

Das böse Wort ging um, Eugen Kogon zitiert es, dass seit die demokratische Sonne Deutschland bescheint, Deutschland immer brauner werde (vgl. Kogon 1947, S. 23). Renazifizierung – also die Rückkehr als Nazis eingestufter Personen – das war auch die Voraussetzung für den Prozess eines kollektiven Schweigens über die Tätigkeiten vor 1945.

² Es kann hier nicht auf die unterschiedliche Entwicklung in der sowjetisch-besetzten Zone und den von

westlichen Alliierten besetzten Zonen eingegangen werden.

4. Die Alliierten und die Gründung der GEW

Der NSLB war nach dem Mai 1945 aus gutem Grund aufgelöst und verboten worden. Die Alliierten in den westlichen Besatzungszonen waren von der Notwendigkeit überzeugt, dass Schritt für Schritt nicht nur politische Parteien, sondern auch die Gewerkschaften neu zugelassen oder gegründet werden müssten.

Über eine Reihe von Zwischenschritten organisierten sich auch in verschiedenen Bereichen und Zonen die Lehrerinnen und Lehrer schließlich 1949 als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes³. Die Durchsicht der ersten Jahrgänge der zentralen Zeitschrift der GEW von 1948 bis 1950 zeigt, dass es durchaus, wenn auch nur minimal, Auseinandersetzungen mit den Verbrechen und der Ideologie der Nazis und der Rolle der Lehrkräfte in der NS-Zeit gab. Zunehmend bekamen aber auch Gleichsetzungen zwischen dem Nazi-Regime und der sowjetisch besetzten Zone – später dann der DDR – Raum.⁴ Aber wer wurde denn nun Mitglied der Gewerkschaft GEW? Anders als bei den anderen Gewerkschaften wie etwa der IG-Metall setzte sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in erster Linie aus Beamtinnen und Beamten zusammen, die nicht das klassische Profil von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern hatten. Das lag nicht nur an ihrem gewählten Beruf, sondern sicherlich auch daran, dass es doch eine Reihe gravierender Unterschiede in der Situation von Lehrkräften im Vergleich zur Situation der Arbeiterinnen und Arbeitern in der NS-Zeit gab. Und es lag ganz gewiss auch daran, dass die große Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer eben vorher Mitglied des NSLB war. Es gibt keine genauen Zahlen, aber es ist plausibel davon auszugehen, dass die GEW prozentual wohl den größten Anteil an ehemaligen Mitgliedern der NSDAP im Vergleich zu den anderen DGB-Gewerkschaften in ihren Reihen hatte.

An einzelnen Fällen lässt sich exemplarisch zeigen, dass regional durchaus bekannte SA-Führer, die in der NS-Zeit und auch nach der NS-Zeit Lehrer waren, nun auch in der Gewerkschaft Erziehung und

Wissenschaft gewisse Karriere machten. Exemplarisch sei hier ein Schulleiter Bardorff genannt, der, obwohl er als alter SA-Mann wegen Falschangabe gegenüber den Alliierten schon im Gefängnis gesessen hatte, nun eine gewisse Karriere in der GEW Frankfurt machen konnte (Ortmeyer 1996, S. 141–162).

So wie insgesamt in der Gesellschaft nach 1945, bei den Finanzbeamten, beim Bundeskriminalamt, bei der Bundeswehr, in den Universitäten, bei den Richtern und Staatsanwälten begann nach Abschütteln der ersten harten Jahre durch die Alliierten auch bei der GEW nun die von Eugen Kogon beschriebene Renazifizierung.

Eine der wichtigen Aufgaben einer Gewerkschaft ist auch der gewerkschaftliche Schutz, d.h. der Rechtsbeistand gegen Ungerechtigkeiten. Auch die GEW hat eine Rechtsabteilung in verschiedenen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland dezentral, aber auch zentral. Die Arbeit der GEW-Rechtsstelle war vielfach, dass ihre Mitglieder den Rechtsschutz auch dafür nutzten, um sich gegen die angeblich ungerechte Zurückweisung durch die Alliierten und dann deutsche Behörden durchzusetzen, was soweit es rekonstruiert werden kann, weitestgehend gelang. Eine systematische Analyse, welche Rolle die Rechtshilfe und der Rechtsschutz der GEW bei der Renazifizierung der westdeutschen Schulen spielten, ist schwierig oder ganz unmöglich. Die gebündelten Akten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei den Rechtsstellen zu diesem Thema wurden nach Auskunft von Dr. Hartwig Schröder, dem offiziellen Juristen bei der GEW Hessen, so die Antwort auf meine Nachfrage 1992 in Anwesenheit des damaligen GEW-Hessen Vorsitzenden Klaus Müller, turnusmäßig nach zehn Jahren vollständig vernichtet – aus Platzgründen natürlich!

Allein aufgrund der Aktenbestände in den Staatlichen Schulämtern, insbesondere den Personalakten und den juristischen Akten, die hie und da in Stadtarchiven gelagert sind, könnte und müsste die GEW rekonstruieren, inwieweit die hier vorgetragene

³ Die GEW wurde 1949 gegründet, bereits 1946 gab es in der Britischen Zone Vorläuferorganisationen. Westberlin trat erst 1951 bei, 1952 dann die Bayerische Sektion (BLV) – ein nicht ganz festes Konstrukt mit dem Zusatz „Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände“, das erst 1969 ganz aufgegeben wurde.

⁴ Siehe etwa den 2. Jahrgang 1950 der Allgemeinen Lehrerzeitung, herausgegeben von der GEW, exemplarisch den Artikel „Eine notwendige Antwort“ (ALZ 1/1950, S. 12).

Hypothese berechtigt ist, dass entgegen einem demokratischen Selbstanspruch von Gewerkschaften, gerade die GEW mit ihrem Rechtsschutz und ihrem

Gewicht zur Vertuschung der personellen Kontinuität der NS-Pädagogik beigetragen hat.

5. Vom NSLB in die GEW: Das Hamburger „Juden-Grundstück“ (M. Traeger) in der Rothenbaumchaussee 19

Wie ausgesprochen verständlich ging es den Gewerkschaften nach 1945 auch darum, dass das von den Nazis enteignete Vermögen, das weitgehend in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt worden war, nun wieder zurück zu erhalten. Die westlichen Alliierten sahen es durchaus als ihre Aufgabe an, den Gewerkschaften zu ihrem Recht zu verhelfen. Wie war nun die Lage für die GEW? Es gab vor 1933 sehr unterschiedliche Berufsverbände für Lehrerinnen und Lehrer, teilweise katholische Vereinigungen sowie nach Volksschule und Schultyp organisierte Verbände, kurz es gab keine einheitliche Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer.

Die 1949 neu gegründete GEW und ihre Vorläufer bemühten sich nun bei den Alliierten den Eindruck zu erwecken, die alten Lehrerverbände wären wie etwa die Metallgewerkschaft gestürmt und enteignet worden, obwohl diese Verbände freiwillig mit großer Mehrheit (wie in Hamburg im April 1933 bei sieben Gegenstimmen) alles, auch das Vermögen, dem NSLB übergeben und sich dem NSLB angeschlossen haben. Das war in Hamburg nachweisbar nichts als ein Betrugsmanöver, um an das NSLB-Geld zu kommen.

In Hamburg gab es vor 1933 eine Vereinigung der Lehrerinnen und Lehrer, die bereits 1805 gegründet worden war und den pathetisch klingenden Titel „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ trug. Im Jahr 1932 waren 92 Prozent der Hamburger Volksschullehrerschaft in der „Gesellschaft der Freunde“, wie sie damals kurz genannt wurde, organisiert. Übergehen wir die Tatsache, inwieweit hier deutschnationale Kräfte oder auch sozialdemokratische Kräfte ihren Platz gehabt hatten, die GEW in Hamburg jedenfalls bemühte sich in den 1950er Jahren das vom NSLB übernommene Vermögen dieser vaterländischen „Gesellschaft der Freunde“ zu erhalten.

Dabei gab es ein spezielles Problem, ein wertvolles Haus in der Rothenbaumchaussee 19 (kurz Ro 19), das auch dem NSLB gehört hatte, aber keinesfalls vor 1933 Eigentum der „Gesellschaft der Freunde“

gewesen war.⁵ 1935, in einer Zeit als der jüdenfeindliche Verfolgungsdruck immer mehr zunahm, hatte eine jüdische Erbgemeinschaft dieses Haus der Sache nach an den NS-Lehrerbund verkauft. Der Verkaufspreis war deutlich zu niedrig. Es handelte sich dabei um das typische Beispiel einer frühen ‚Arisierung‘. Dennoch wurde dieses ‚arisierte‘ Haus im Jahr 1954 von dem Gewerkschaftsprüfungsausschuss, den die englische Besatzungsmacht nach einer Reihe von Manipulationen durch alte NSLB-Funktionäre und GEW-Funktionäre der GEW zugesprochen.

Der springende Punkt dabei war jedoch: Ausgerechnet das ehemalige NSLB-Mitglied und gleichzeitig der spätere GEW-Vorsitzende Max Traeger setzte sich energisch dafür ein, dass die neue GEW für diese wertvolle Immobilie einen eigenen Restitutionsanspruch erhob.

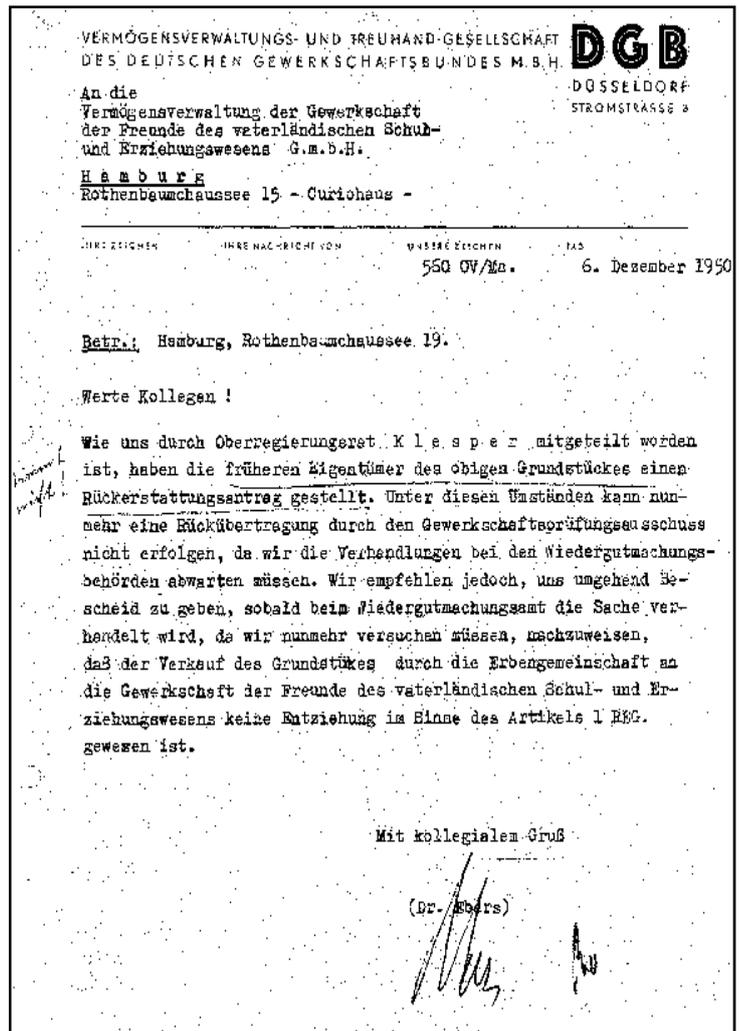
Es ging – wie er in seinem ebenso zeittypischen wie unerträglichen Jargon 1950 schrieb –, um das ‚Judengrundstück‘. (Kurz, Max Traeger wusste über den Sachverhalt Bescheid bzw. hätte Bescheid wissen können und müssen. (In einem Brief vom 10. Oktober 1950 betont Max Traeger, dass es gar nicht notwendig gewesen sei, dass „das Haus als Judengrundstück“ gemeldet wurde. Das Faksimile des Briefes befindet sich in Nette/Romey 2010, S. 93.) In einem dubiosen Verfahren hatten ausgerechnet ehemalige Funktionäre des NSLB auf Bitten der Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft betont, dieses Haus sei ja – NSLB hin oder her – eigentlich mit Geldern der „Gesellschaft der Freunde“ gekauft worden, daher müsse es nun der GEW wiedergegeben werden.

Nun, die emigrierten jüdischen Besitzer meldeten sich nicht, sie konnten es nicht oder wollten es wohl nicht – möglicherweise, da die Durchsetzung eines Restitutionsanspruchs vor den damaligen deutschen Gerichten ungewiss, zeit- und nervenraubend war. Dieses als Produkt der Arisierung ‚entjudete‘ Haus wurde also tatsächlich 1954 Eigentum der GEW Hamburg, die vermietete es dann und erwirtschaftete damit beachtliche Einkünfte. So weit, so schlecht.

⁵ Die „Gesellschaft der Freunde“ war im Übrigen trotz aller juristischen Tricksereien am 27. April 1933 mit überwältigender Mehrheit in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) eingetreten, wurde also Teil des NSLB.

Dieses Dokument vom 6. Dezember 1950 zeigt, wie auch der DGB mit seiner Vermögensverwaltung mit in die Anstrengungen von Max Traeger eingebunden war, das von Max Traeger sogenannte „Judengrundstück“ in die Hand zu bekommen. Wenn erst die Juden abgewiesen sind, so der Sache nach in diesem Schreiben, dann gelte es das eigene Betrugsmanöver voranzutreiben, „da wir nunmehr versuchen müssen, nachzuweisen, dass der Verkauf des Grundstückes durch die Erbgemeinschaft an die Gewerkschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen keine Entziehung im Sinne des Artikels 1 REG. gewesen ist.“ Dieser Dr. Ebers hat die Schwachpunkte schon erkannt. Aber man kann ja „versuchen“ nachzuweisen, was nachweislich ein Betrug ist. Denn die Erbgemeinschaft hat nicht an die alte Gewerkschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen verkauft, sondern an eine Organisation, die fest in der Hand der Nazis, fest in der Hand dann des NSLB war. Max Traeger hat es dann – leider erfolgreich – „versucht“. Wie? Mit Hilfe der alten Nazi-Funktionäre des NSLB wie Holm und Bernhardt wurden schon 1949 entsprechende Erklärung verfasst, die die Ratschlägen des Herrn Ebers vorwegnahmen und bereits im September erklärten, dass „keinesfalls aus Geldern des ehemaligen NSLB“ das Haus RO 19 gekauft worden sei (Schreiben von Wilhelm Bernhardt vom 27. September 1949), was umgehend auch am 10.

Oktober 1949 von dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und dem ehemaligen Geschäftsführer des NSLB in Hamburg, Kurt Holm bestätigt wurde, der nun behauptete, die 1933 gleichgeschaltete „Gesellschaft der Freunde“ sei trotz des Zusatzes „Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB Gau Hamburg“ 1934 ein „völlig selbständiger, rechtsfähiger Verein“ gewesen. Genau solche lügnischen Erklärungen waren erwünscht und entsprachen den Planungen von Max Traeger (Beide Briefe sind faksimiliert in Nette/Romey 2010, S. 228-229).



6. Die GEW und der Geschichtsrevisionismus in Hamburg 2000 bis 2010

Erst Jahrzehnte später wurde im Kontext der Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zeit in Hamburg der Fall um das Haus Ro 19 aufgedeckt. Engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der GEW, die nach heftigen Auseinandersetzungen formal in der Minderheit blieben, analysierten im Detail die ganze Geschichte.⁶

Sie wiesen nach, dass sich die GEW nie auch nur ein bisschen darum gekümmert hatte, wie das Haus im Rahmen des Nazi-Terrors gegen die jüdische Bevölkerung in ihren Besitz gekommen war. Es begann ein erschreckender und jahrelanger Streit, ob das damalige Unrecht als ein solches bezeichnet werden durfte, als ob nicht klar sei, dass gerade der NSLB

⁶ Siehe dazu: Nette/Romey: Die Lehrgewerkschaft und ihr ‚Arisierungserbe‘/Die GEW, das Geld und die Moral, Hamburg 2010

sich zwischen 2007 und 2010 dazu, nun in die Details dieses Verkaufs an den NSLB einzusteigen. Die Beweislast wurde umgedreht, gehüllt in angeblich harmlose Fragen nach dem Motto: ‚Ich frage ja nur...!‘ So kamen Fragen auf wie ‚War einer der Besitzer nicht ein ‚reicher Jude‘, der erst später ausgewandert ist?‘ oder ‚Hatte das Haus nicht Schäden, so dass der Preis doch eigentlich völlig angemessen gewesen sei‘ - unglaublich, aber wahr. Ein Mitglied ohne Funktion in der GEW spionierte in der Geschichte des damaligen jüdischen Besitzers herum und teilte in der Pose des harmlosen Historikers mit, dass dieser ja in der Schweiz gut gelebt hätte. Seine Anhäufung von für die zentrale Frage, im Detail nicht immer richtiger, vor allem aber irrelevanter Fakten, mit der er die nötige Aufklärung über das Unrecht objektiv und massiv behinderte, die Debatten auf Nebenschauplätze zerrte, wimmelte von solchen Absurditäten.

Bereits 2006 erklärte in der Zeitung der GEW Hamburg eine sich als ‚Experte‘ verstehende Person zu den Motiven des Verkaufs der jüdischen Erbgemeinschaft: „Befürchteten sie eine Zwangsarisierung oder wollten sie wegen der NS-Politik emigrieren? Entsprechende Hinweise gibt es nicht, im Gegenteil (sic!): Einer der Vorbesitzer kaufte sich später erneut Immobilien, eine auch in Hamburg. Von einer anderen Person ist belegt, dass sie erst 1937 den Entschluss zur Auswanderung fasste. Zwei weitere Mitglieder der Erbgemeinschaft zogen nach dem Verkauf in eine neue, komfortable Wohnung an der Alster, was nicht auf eine geplante Emigration schließen lässt.“ (hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, Nr. 5/06, S. 40). Der Zynismus dieser Darstellung ist unerträglich: Wie gut ging es doch den betroffenen Juden nach 1933 in Hamburg, der Umzug in eine neue „komfortable Wohnung“ zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Die in diesen Zeilen steckende Grundposition sprengt den möglichen Rahmen sachlicher Erwiderung. Aber schlimmer noch: Die GEW Hamburg, genauer deren damaliger Vorsitzender Klaus Bullan hat in der Frage der Beweislast im Stil der fünfziger Jahre darauf bestanden, dass diejenigen GEW-Mitglieder, die von einem Unrechtsstaat 1935 und einer allgemeinen Atmosphäre der Naziverfolgung der jüdischen Bevölkerung ausgingen, nun im Detail nachweisen müssten, das ausgerechnet der NSLB sich nicht gerecht gegenüber einem jüdischen Hausbesitzer verhalten hätte. Er erklärte, dass einiges dafür spreche, dass angeblich „die Erben den Hausverkauf nicht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Verfolgung gesehen haben“ (Ben Reichardt: „Lehrergewerkschaft bestreitet Zwangsverkauf“, FR vom 28.4.07). In der Hamburger Lehrerzeitung beschwerte er sich außerdem über die „gegen andere Meinungen eingeführten Kampfbegriffe wie ‚Arisierungsprofiteure‘“ (hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, Nr. 10-11/06, S. 40).

Die Frage, welche sich dabei prinzipiell stellt und stellte, ist, ob jede einzelne Jüdin und jeder einzelne Jude in jedem Einzelfall beweisen muss, dass sie in

der Nazizeit bei Hausverkäufen wirtschaftlich geschädigt wurden? Musste jede Jüdin und jeder Jude, die später emigrierten, im Einzelfall nachweisen, ob und wie sie persönlich und direkt von den Nazis bedroht worden waren? Sollte man im Einzelfall nachweisen, dass bereits 1933-1935 (und nicht erst 1938) eine Hetze und Verfolgung stattfand, die eine Auswanderung und die Vorbereitung der Auswanderung, also auch den Verkauf von Immobilien zu deutlich schlechteren Bedingungen, nach sich zogen? Mussten die von der sogenannten „Entjudung“ betroffenen jüdischen Besitzerinnen und Besitzer einer Immobilie, wenn sie überlebt hatten (oder die Jüdische Claims Conference) nach 1945 nachweisen, wie genau das persönliche Verfolgungsschicksal aussah?

Muss ernsthaft begründet werden, warum sie nicht noch länger in Deutschland geblieben waren, oder ob sie also angeblich ohne Gründe und ohne Druck das Haus verkauft haben – an den NSLB etwa? Genau diese Absurdität war zwar bundesrepublikanische Gewohnheit, wurde aber zunächst von den Alliierten, dann von hohen Gerichten in den neunziger Jahren als unzulässig erklärt. Bei Vermögensentzug unter den terroristischen Bedingungen des NS-Systems galt die Umkehr der Beweislast. Die Beweislast muss nicht mehr im Einzelfall seitens der jüdischen Geschädigten erfolgen, sondern umgekehrt oblag den Erwerbenden jüdischen Eigentums der Nachweis, dass sie es solidarisch und in Absprache mit den Verkaufenden sozusagen treuhänderisch gekauft und nach 1945 zum Beispiel den ehemaligen Besitzerinnen und Besitzern oder Familienangehörigen zurückgegeben haben. Dazu waren selbstredend die Erklärung der jüdischen Vorbesitzer oder entsprechende Dokumente nötig. Die GEW hätte also nachweisen müssen, dass die Nazis vom NSLB dem jüdischen Verkäufer des Hauses etwas Gutes tun wollten und treuhänderisch für ihn aufkommen wollten. Absurder geht es kaum. Im gleichen Jahr legte Klaus Bullan in einer Sendung des Norddeutschen Rundfunks nach und reproduzierte die bereits dargestellte Argumentation folgendermaßen:

„Die Frage ist ja immer, ob die Vorbesitzer unter Zwang dieses Haus verkaufen mussten, zu einem viel zu geringen Preis. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass da große Zweifel drüber bestehen, weil diese Zwangssituation in dem konkreten Fall, aus unserer Sicht jedenfalls, offensichtlich nicht vorgelegen hat.“ (Norddeutscher Rundfunk, 4.5.07)

Er erklärte in zynischer Weise weiter:

„Ein Vorbesitzer hat sogar noch eine weitere Immobilie gekauft, nachdem er dieses Gebäude verkauft hatte und ist in Hamburg geblieben, so dass das Indizien für uns sind, die darauf hinweisen, dass eine konkrete Verfolgungssituation, in diesem Fall, nicht unbedingt vorgelegen haben muss.“ (Norddeutscher Rundfunk, 4.5.07)

In Hamburg geblieben? Wahr ist, dass einer der Vorbesitzer schwer krank war und 1937 in Deutschland verstarb, aber die anderen Vorbesitzer flohen 1936. Muss das überhaupt erwähnt werden? Die ‚konkrete Verfolgungssituation‘ war angesichts des täglichen

‚Deutschland erwache, Juda verrecke‘-Gebrülls für alle Jüdinnen und Juden gegeben.

Dass Repräsentanten der Bildungsgewerkschaft GEW die ‚Arisierung‘ in der Zeitspanne 1933 bis 1938 am ‚konkreten Fall‘ nachgewiesen haben wollen, offenbart ein fatales Geschichtsbild.

Daniel Killy von der Jüdischen Gemeinde Hamburg kommentierte völlig zu Recht:

„Das war genau die Argumentation der Nazis: ‚Die Juden haben das doch aus ihrer Geldgier heraus freiwillig verkauft.‘ Wer heutzutage so argumentiert, ist entweder komplett naiv oder politisch kriminell.“ (Norddeutscher Rundfunk, 4.5.07)

Die Hamburger Bildungsgewerkschaft GEW hat von sich ein unwürdiges Bild gezeichnet und sich in ihrer Mehrheit unfähig gezeigt, einen aufrechten geschichtlichen Diskurs zu führen. Sie argumentierte ganz in der Tradition des alltäglichen Geschichtsrevisionismus. Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder in Hamburg aber, die sich hier ganz konkret auf die Seite der Jüdinnen und Juden sowie der geschichtlichen Wahrheit stellten, wurden höhnisch aufgefordert, sie hätten zu beweisen, dass im Jahr 1935 speziell diese jüdischen Vorbesitzer in Hamburg terrorisiert wurden. Man erwartete wohl, dass z.B. ein Schreiben der Vorbesitzer auftauchen müsse, in dem die Jüdinnen und Juden sich beim NSLB beschwerten, dass sie sich betrogen oder sogar ausgeplündert fühlten.

In Wirklichkeit ging es der damaligen Hamburger GEW-Führung, so zumindest die These des bekannten Historikers Frank Bajohr,

„um handfeste materielle Interessen, kurzum: um Geld, bei dem bekanntlich die Freundschaft aufhört

und auch historische Fakten in einer Weise interpretiert und zurechtgebogen werden können, dass sie den finanziellen Interessen nicht im Wege stehen“ (Bajohr 2007, S. 88).

Hier sei die Kunst des ‚Bemänteln‘ und ‚Bestreitens‘ in höchster Vollendung zelebriert worden.

Mit Recht klagten die widerständigen Hamburger GEW-Mitglieder in Publikationen und auch in einer szenischen Lesung dieses ‚Schmierentheater‘ an, das führende Funktionäre der GEW Hamburg aufführten, die sich selbst gern als ‚Antifaschisten‘ bezeichneten.

Frank Bajohr stellte dagegen den GEW-Mitgliedern, die die öffentliche Diskussion über das ‚arisierte‘ Haus der GEW Hamburg angestoßen und vorangetrieben hatten, ein gutes Zeugnis aus. „Eher selten“, so schrieb er über öffentliche Diskussionen zum Holocaust im Medium der Eigentumsfragen, „ging die Initiative von Firmen und Organisationen selbst aus. Eine dieser wenigen Ausnahmen bildet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg“ (Bajohr 2007, S. 87).

Auch wenn sich diese Hamburger GEW-Mitglieder damals nicht durchsetzen konnten, ihr Beispiel bleibt bestehen und sollte für die GEW insgesamt und all ihre Untergliederungen als Vorbild dienen.



Hamburg 1935 ©Keystone

Solche Terror-Szenen gegen die jüdische Bevölkerung bestimmten die Gesamtatmosphäre in Hamburg auch 1935. Wie zynisch wäre es, nun – auch 1935 wie schon 1933 – von jedem einzelnen Juden und von jeder einzelnen Jüdin zu verlangen, dass sie nachzuweisen hätten, dass sie selbst persönlich bedroht worden seien!

7. Nicht das eigene Nest beschmutzen? Die Max-Traeger-Stiftung

Einer der ehemaligen NSLB-Mitglieder, der als GEW-Funktionär den Begriff ‚das Judengrundstück‘ nutzte, war Max Traeger. Er war der erste Vorsitzende der GEW, seine Mitgliedschaft im NSLB war nicht nur bei ihm, sondern überhaupt bei den Mitgliedern der GEW kein Thema. Max Traeger, später Mitglied der FDP, galt und gilt als ehrenwerter Mann. Nach ihm hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine Stiftung benannt, die Max-Traeger-Stiftung. (*)

Max Traeger war 1920 bis 1923 Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“, dann 1933 bis 1945 Mitglied im NSLB. In einem Dokument der Hauptversammlung am 28. August 1933 heißt es: „Die ‚Gesellschaft der Freunde‘ löst sich auf. Die Liquidation wird durchgeführt mit der Maßgabe, dass alle Einrichtungen und Vermögenswerte an den N.S.L.B. übergeben werden. Zu Liquidatoren werden bestimmt: 1. Lehrer Kurt Holm (...) 6. Lehrer Max Traeger.“ (Staatsarchiv Hamburg, Akte „Gesellschaft der Freunde“). Ab 1945 bis 1948 wurde er Vorsitzender der neu gegründeten „Gesellschaft der Freunde“. 1946 bis 1952 sowie 1958 bis 1960 wurde Traeger Vorsitzender des Allgemeinen Lehrerverbandes/der GEW Bundesorganisation. Er war einer der wichtigsten Akteure des damaligen Coups, die englischen Behörden und den Gewerkschaftsprüfungsausschuss mit Hilfe organisierter Erklärungen seiner alten Bekannten, alte Funktionäre des NSLB, zu überreden, ein Haus der GEW zu überlassen, das aus jüdischem Besitz stammte und von Nazis ‚arisiert‘ worden war. Die Mitglieder der GEW haben in der Zeitspanne 2007-2010 mehrfach bundesweit von diesem Konflikt aus Hamburg erfahren. Die renommierte Wochenzeitschrift „Die Zeit“ und auch andere Medien berichteten ausführlich darüber. Aber das änderte nichts. Max Traeger behielt seinen guten Namen. Es blieb auch bis heute bei der Bezeichnung „Max-Traeger-Stiftung“.

Nun wäre es sicherlich ausgesprochen ungerecht, zu bestreiten, dass die GEW als Ganzes gerade in den letzten 30 Jahren enorme Anstrengungen unternommen hat, über die NS-Zeit, d.h. bundesweit in Landesverbänden wie in den Einzelstädten und Regionen gerade auch über den NS-Alltag aufzuklären sowie Projekte zur Erforschung der NS-Zeit an den einzelnen Schulen zu unterstützen. Das alles gab es und gibt es und ist vielfältig dokumentiert.

Aber vor der eigenen Haustür? Vor dem eigenen Haus, da wurde nichts wirklich gekehrt und geklärt, nicht ein einziges Projekt zur Aufarbeitung der Kontinuität zwischen NSLB und GEW wurde an-gestoßen oder durchgeführt. Einzig und allein der Skandal um die Auseinandersetzung in Hamburg um das Haus Ro 19 führte dazu, dass diese Kontinuität Teilen der Mitgliedschaft der GEW und der Öffentlichkeit bewusst wurde.

Umso wichtiger wird es sein, dass vor allem jetzt, mit einer neuen Generation von jüngeren Mitgliedern der GEW, die damals als GEW-Studis aktiv gegen die Vertuschungen im Fall des Hauses Ro19 ange-kämpft hatten und für die Wahrheit über die NS-Zeit und gegen die Ungerechtigkeit eingetreten sind, nun auch offiziell den Hamburger Skandal als einen solchen benennen und eine Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung fordern.

Die Einwände liegen auf der Hand. Wir hören schon: Max Traeger war ein ehrenhafter Mann. Er war kein Nazi-Mörder, er war doch nur ein ‚kleiner Nazi‘, ja eigentlich gar kein ‚Nazi‘, nur ein ‚Mitläufer‘. Es ist immer dasselbe Schema. Die Gegenfrage dabei lautet: Seit wann sind für die GEW ‚kleine Nazis‘ oder Mitläufer ein Vorbild?

Denn die GEW hat durchaus auch alternative personelle Traditionen, die es gilt zu wahren. Der 1980 im hohen Alter verstorbene ehemalige GEW- Vorsitzende Heinrich Rodenstein steht dafür.

Es ist an der Zeit, die Max-Traeger-Stiftung umzu-benennen. Es wäre ein öffentliches Zeichen von selbstkritischem, pädagogischem und politischem Verantwortungsbewusstsein, wenn die GEW ihre bundesweit bekannten Stiftung den Namen eines Menschen übertragen würde, der wirklich als Vorbild für Lehrerinnen und Lehrer, für Erzieherinnen und Erzieher gelten kann. Das würde heißen:

Heinrich-Rodenstein-Stiftung statt Max-Traeger-Stiftung!

Und noch wichtiger wären gewaltige Forschungsanstrengungen zentral und lokal, um die personelle Kontinuität vom NSLB in der GEW transparent zu machen und um der Geschichtsklitterung in der GEW-Geschichtsschreibung entgegenzutreten. Das Thema der Nazi-Lehrerorganisation NSLB ist – wie so Vieles andere – noch ganz und gar nicht zu den Akten zu legen.

(*) Offiziell wurde das Haus des GEW-Hauptvorstandes laut Auskunft der GEW-Vorsitzenden NICHT Max-Traeger-Haus benannt, es hieß wohl lediglich inoffiziell so. (Korrektur zum Text der 1. Auflage des Buches)

Impressum:

AStA der Goethe-Universität
Mertonstr. 26-28
60325 Frankfurt/Main

info@asta-frankfurt.de